



Am 14. März
ist
Landtagswahl

Parteien auf dem Prüfstand

Der NABU Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des NABU Rheinland-Pfalz,

in diesem Jahr stehen mit der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz und der Bundestagswahl gleich zwei Wahlen an. Da der NABU, gemäß seiner Satzung, überparteilich und überkonfessionell ist, sprechen wir uns zwar nicht für die Wahl der einen oder anderen Partei aus, die Überparteilichkeit bedeutet aber nicht, dass sich der NABU nicht umweltpolitisch äußert. Naturschutzthemen sind zunehmend wichtiges Entscheidungskriterium vieler Wahlberechtigter. Im Zuge der Wahl zum Europaparlament im Jahr 2019 zählten Naturschutzthemen sogar zu den wichtigsten Entscheidungsgründen der Wähler*innen. Um unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, die umweltpolitischen Ziele der Parteien in Rheinland-Pfalz mit den NABU-Positionen zu vergleichen, haben wir uns zu dieser Sonderausgabe unserer Mitgliederzeitung entschlossen. Mit 10 Wahlprüfsteinen und insgesamt 36 Fragen haben wir den Parteien und Wählervereinigungen vorab einen umfassenden Fragenkatalog zugesendet. Die Antworten und ein kurzes Fazit des NABU möchten wir Ihnen auf den folgenden Seiten vorstellen. Ausführlichere Antworten zu den

NABU-Wahlprüfsteinen finden Sie auch unter www.NABU-RLP.de/Landtagswahlen.

Ich will an dieser Stelle nicht unausgesprochen lassen, dass wir von den 13 Parteien und Wählervereinigungen, die mit einer Landesliste zur Wahl antreten, nur zwölf angeschrieben haben. Der NABU steht, laut Satzung, in seiner Tätigkeit als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet den Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine Heimat. Aus diesem Grund ist es mit unserer satzungsgemäßen Haltung zurzeit nicht vereinbar, mit der AfD in Kontakt zu treten. Einer Partei, die zumindest teilweise offen mit rassistischen und menschenverachtenden Parolen operiert, wollen wir hier keine Plattform bieten, sich mit dem Fokus auf Fragen des Naturschutzes darzustellen. Ebenfalls festzuhalten ist, dass sich die Freien Wähler und die FDP überhaupt nicht zu unserer Anfrage geäußert haben. Wenn selbst kleine Parteien mit sehr viel Engagement auf unsere Fragen antworten, muss man sich schon wundern, dass eine Regierungspartei zu Naturschutzthemen nichts zu sagen hat. Dies kann eigentlich nur als Affront gegen

den Naturschutz verstanden werden. Auch die Tierschutzpartei taucht im Folgenden nicht auf. Sie hat sich, anders als FDP und Freie Wähler, aufgrund fehlender Kapazitäten für das Ausbleiben der Antworten entschuldigt.

Für eine Wahlentscheidung sollten Wähler*innen auch alle für sie wichtigen Politikbereiche heranziehen, daher sollten die folgenden Seiten nicht als Wahlempfehlung verstanden werden. Denn der Fokus unserer Fragen konzentriert sich ausschließlich auf Fragen des Natur- und Umweltschutzes. Wir würden es dennoch begrüßen, wenn möglichst viele Menschen, denen unsere Umwelt am Herzen liegt, die umweltpolitischen Vorstellungen der Parteien zu einem ihrer Entscheidungskriterien machen würden. In diesem Sinne ermuntere ich Sie alle, am 14. März zur Wahl zu gehen oder schon vorab die Möglichkeit zur Briefwahl zu nutzen und mit Ihrer Stimme den Natur- und Umweltschutz zu stärken.

Bleiben Sie gesund!

Ihre


Cosima Lindemann

Vorsitzende des NABU Rheinland-Pfalz

Die zehn Wahlprüfsteine des NABU RLP

36 Fragen in 10 Kategorien an die Parteien zur Landtagswahl 2021

Wahlprüfstein I: Landwirtschaft

Rund 42 % der Landesfläche werden in Rheinland-Pfalz landwirtschaftlich genutzt. Nicht zuletzt deshalb hat die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich großen Einfluss auf die Natur und unsere Umweltgüter Boden, Wasser und Luft. Die zunehmende Intensivierung der Landbewirtschaftung mit hohen Nährstoffüberschüssen und Pestizideinsatz hat leider auch zu großen Belastungen für Artenvielfalt und Umwelt geführt. Die Folge: ein dramatisches Insekten- und Vogelsterben, zu hohe Nitratwerte im Grundwasser und klimaschädliche Emissionen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

1. ... eine Erhöhung der Biodiversität und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft erreichen?



Bündnis 90/Die Grünen: Für uns ist klar: Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten innerhalb der Europäischen Agrarpolitik (GAP) genutzt werden, um Biodiversität, Gewässerschutz und klimaschonende Landwirtschaft zu unterstützen. Bis zum Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Wir wollen unsere Artenschutzprogramme für gefährdete Arten der Kulturlandschaften wie z. B. für den Kiebitz oder das Braunkelchen verstetigen und ausweiten. Darüber hinaus werden wir den Schutz von Gewässerrändern und den Erhalt von wertvollen Streuobstwiesen durch eine Ausweitung der Agrarumweltprogramme vorantreiben. Wir möchten unsere zahlreichen Naturschutzgebiete aufwerten, indem wir eine flächendeckende, ökologische Landbewirtschaftung in diesen Gebieten anstreben.



CDU: Wir fördern die Diversifizierung der Kulturlandschaft durch produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen und Förderprogramme zur biologischen Vielfalt unserer Kulturlandschaft. Außerdem werden wir die Landwirtschaft, den Weinbau und den Umweltschutz wieder unter einem gemeinsamen Dach in einem Ministerium vereinen. Damit schaffen wir Doppelstrukturen, unklare Zuständigkeiten und konkurrierende Förderlinien ab.



Die Linke: Eine Erhöhung der Biodiversität bedarf aus unserer Sicht der Anstrengung vieler unterschiedlicher Akteure. Hierzu gehören auch die Landwirte. Deswegen wollen wir den Umstieg in ökologische Landwirtschaft finanziell so fördern, dass er auch wirtschaftlich attraktiv ist. Wir brauchen mehr Freiflächen, Blühstreifen und Gehölzflächen, der Flächenversiegelung muss Einhalt geboten und die Wälder, die vor einem epochalen Wandel stehen, müssen naturnäher und damit biodiverser werden. Und schließlich: Pestizide sind Teil des Problems und keine Lösung.



Die Partei: 1 bis 4 Nach Machtergreifung packen wir die Biodiversitätskrise mit höchster Priorität an. Eintönigkeit ist weder in der ökologischen noch der politischen Landschaft gut. Der Anbau von Mono- muss durch Mischkulturen, Fruchtfolgen und regelmäßiges Brachliegen ersetzt werden, welche auch ohne Pestizide weniger schädlinganfällig sind. Durch Flurbereinigungen wurden wertvolle Gehölzbestände (Hecken, Baumgruppen) vernichtet. Nist- und Ruheplätze natürlicher Prädatoren wie Vögel fehlen, auch Kinder finden kaum noch Plätze zum Versteckspielen in der Agrarwüste. Forschungsgelder sollen in die Entwicklung der „Landwirtschaft 4.0“ fließen: Drohnen und Roboter können die Arbeit großer Landmaschinen effektiver

übernehmen, wodurch die Bewirtschaftung großer Felder ihren Vorteil gegenüber kleinen Parzellen mit verschiedenen Feldfrüchten verliert. Zudem können Dünger, Bewässerung und Pestizideinsatz genau dem Bedarf angepasst werden.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet voran, kleine Höfe sterben, große werden größer. Eine weitere Stellschraube wäre eine Grunderwerbssteuer, die sich danach richtet, wie viel Land die/der LandwirtX bereits besitzt, sodass junge AgrarwissenschaftlerX, die nach dem Studium auf der Suche nach einem eigenen Hof sind, bevorzugt werden.

Statt Plastik-Mulchfolien auf Äckern zu verwenden, soll damit Julia Klöckner gefesselt werden, um Lösegeld von Nestlé und Bayer zu erpressen.

Grundwasser s. VI.



Klimaliste: Wir wollen Formen der regenerativen Landwirtschaft fördern, wenn sie die Boden- und Wasserqualität langfristig verbessern und zur Biodiversität und dem Artenschutz beitragen. Insbesondere wollen wir die ökologische Landwirtschaft bis 2030 auf 40 % erhöhen und Agroforstsysteme fördern. Zusätzlich wollen wir die mehrjährige Bewirtschaftung von Flächen, wie z. B. mit Permakultur und mehrjährigen Brachen, fördern, da sie Nahrung und Lebensraum für verschiedene Tierarten bieten.



ÖDP: Die ÖDP setzt sich für eine Umstellung auf biologische Wirtschaftsweisen ein. Unser Ziel ist eine Steigerung des ökologischen Landbaus auf 50 % der Bewirtschaftungsfläche bis 2030. Dies führt auch zu einer Steigerung der Biodiversität und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft.




Piratenpartei: 1 bis 4 Hier müssen Landwirtschaft und Naturschutz an einen Tisch


Foto: NABU/Jens G. Kube



gebracht werden, ein Gegeneinander wird keinem helfen. Sowohl in Bayern wie in Niedersachsen sind Gesetzesinitiativen der Landesregierungen in Folge von angekündigten und teils durchgeführten Bürgerbegehren erfolgt. Eine Symbiose aus den in den dortigen Ländern entstandenen Gesetzen kann die Grundlage für eine entsprechende Gesetzesinitiative in Rheinland-Pfalz sein.

 **SPD:** Unsere Betriebe in Landwirtschaft und Weinbau sind prägend für das Landschaftsbild und den guten Ruf der Produkte aus Rheinland-Pfalz. Landwirtschaft und der Erhalt der Biodiversität müs-

sen in Einklang gebracht werden. Wir setzen auf ein Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft. Unser Ziel: regionale Erzeugung vor Ort mit nachhaltigem Anspruch, unterstützt durch gezielte Förderprogramme.

 **Volt:** Wir setzen uns für eine Abkehr von Monokulturen zugunsten von Diversität auf den Äckern ein sowie für die Förderung des Anlegens von Blühstreifen, Hecken und Renaturierungsvorhaben. Außerdem ist Volt für eine schärfere Düngevorschrift, um die Gewässer und die darin lebenden Tiere zu schützen. Im Weinbau


setzen wir auf die Umstellung auf idealerweise 100 % ökologischen Weinbau mit nachhaltiger, ressourcenschonender Bewirtschaftung.

NABU-FAZIT: *Öffentliches Geld für öffentliche Leistung! Es ist wichtig, dass Landwirt*innen Förderungen für die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen erhalten. Das Zusammenführen unterschiedlicher Akteur*innen kann gute Lösungen hervorbringen, wie andere Bundesländer (z. B. Niedersachsen) gezeigt haben. Die Landesregierung sollte jetzt die Chance ergreifen, auch ohne den Druck eines Volksbegehrens, einen solchen Weg einzuschlagen.*


2. ... die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen für Landwirte attraktiver machen?


 **Bündnis 90/Die Grünen:** Wir verfolgen einen doppelten Ansatz von direkten Anreizprogrammen wie beispielsweise unsere Agrarumwelt- und Artenschutzprogramme als auch über verbesserte Vermarktungsmöglichkeiten von ökologischen Erzeugnissen durch den Ökoaktionsplan und das Programm „Rheinland-Pfalz isst besser“. Die Maßnahmen aus der zweiten Säule der Agrarpolitik wollen wir konsequent auf ökologische Ziele ausrichten. Darüber hinaus werden wir die Schaffung von sogenannten „Biologischen Stationen“ auf Kreisebene prüfen, um gemeinsam mit allen regionalen Landwirtschafts-, Forst- und Umweltverbänden Naturschutzprojekte vor Ort zu realisieren.

 **CDU:** Betriebe, die sich für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und die Förderung der biologischen Vielfalt einsetzen, müssen für den damit verbundenen Mehraufwand bezahlt werden. Regional produzierte Lebensmittel helfen lange Transportwege und Verpackungsmaterial zu vermeiden, sie stärken die hiesige Landwirtschaft und tragen zum Natur- und Klimaschutz bei.


 **Die Linke:** Dies erfordert auskömmliche Preise für die produzierten Nahrungsmittel und höhere Ausgleichszahlungen, um Anreize zu schaffen. Gleichzeitig brauchen wir einen entschiedenen Bürokratieabbau.


 **Die PARTEI:** siehe 1

 **Klimaliste:** Klimaschutz- und biodiversitätsfördernde Maßnahmen müssen mehr wertgeschätzt und entsprechend finanziell gefördert werden. Zusätzlich wollen wir die Nachfrage nach ökologischen, regionalen und saisonalen Produkten erhöhen, sowie kostenlose Beratungsmöglichkeiten für die Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft und ein entsprechendes Berufsschulfach für Landwirt*innen und Winzer*innen schaffen.

 **ÖDP:** Tragen die Landwirte und Winzer zur Erhaltung von Kulturlandschaft, Biotopen und Arten bei, sollen sie stärker finanziell gefördert werden. Konkret will die ÖDP einen Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit, bei dem das Land den Bauern einen Vertrag für ökologische Produktion und Erhalt der Kulturlandschaft anbietet.


 **PIRATENPARTEI** Piratenpartei: siehe 1

 **SPD:** Bereits jetzt tragen landwirtschaftliche Förderprogramme wie unser Blühstreifenprogramm zum Erhalt der Biodiversität bei. Diese Fördermaßnahme wollen wir weiterentwickeln, um aktiv dem Insektensterben entgegenzuwirken und einen Beitrag zur biologischen Schädlingsbekämpfung zu leisten.

 **Volt:** Wir wollen die Beantragung staatlicher Fördermittel für ökologische Landwirtschaft vereinfachen, um zum Beispiel den Einsatz von Düngemitteln zu reduzieren.


NABU-FAZIT: *Die Parteien stimmen mit der Haltung des NABU darin überein, dass Landwirt*innen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen mehr finanzielle Anreize erhalten sollten. Es bleibt aber offen, ob sie auch bereit sind, hierfür tatsächlich mehr Mittel als bisher bereitzustellen. Weitere wichtige Aspekte sind Ausbildung und Beratung sowie die Betrachtung der Vermarktungswege, die zurzeit eine nachhaltige Produktion oftmals erschweren.*

3. ... den Grundwasserschutz in der Agrarlandschaft verbessern?

 **Bündnis 90/Die Grünen:** In besonders von Nitrat belasteten Gegenden, möchten wir im Rahmen eines speziellen Agrarumweltprogramms die gewässerschonende Fruchtfolge einführen und die Landwirtschaft durch eine umfassende Gewässerschutzberatung unterstützen.

 **CDU:** Um Düngemittel zu reduzieren müssen

wir die Akzeptanz beim Verbraucher stärken, auch naturnahe Ware zu kaufen, die mit geringerem Düngeaufwand produziert wurde. Aktuell kommt es zu oft vor, dass eine komplette Lieferung bei der Warenannahme des LEH aus optischen Gründen reklamiert und vernichtet wird. Ein wirksames Mittel Grundwasser zu schonen ist die Förderung von Beregnungsverbänden.

 **Die Linke:** Grundwasserschutz geht nur mit Verringerung des Pestizid- und Gülleeintrages und der Beschränkung von chemischen Düngemitteln. Deswegen wollen wir den ökologischen Umbau der Landwirtschaft und gleichzeitig eine wirtschaftliche Perspektive für die, die unsere Nahrungsmittel produzieren.

 **Die PARTEI:** siehe 1

Klimaliste Rheinland-Pfalz **Klimaliste:** Gegen Stickstoffüberschüsse, sowie -auswaschungen hilft Humus im Boden, da dieser den Stickstoff bindet und den Pflanzen verfügbarer macht.

Außerdem sollen die Nährstoffüberschüsse auf Betriebsebene reduziert werden, indem düngerechtliche Regelungen engmaschiger und auf Basis der Brutto-Stoffstrombilanz und standortgerechter Düngung kontrolliert werden.

ödp **ÖDP:** Die vorgesehene Steigerung naturnaher Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft trägt auch zum Grundwasserschutz bei. Ökologische Anbauformen helfen, den Wasserverlust durch Verdunstung zu mindern und reduzieren so den Wasserbe-

darf. Außerdem wird der Eintrag von Düngemitteln und Pflanzenschutzrückständen in das Grundwasser verringert.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz **Piratenpartei:** siehe 1

SPD Rheinland-Pfalz **SPD:** Gewässer- und Bodenschutz hat für uns höchste Priorität. Zu weniger Nitratbelastung des Grundwassers muss auch die Landwirtschaft beitragen. Wir wollen gemarkungsbezogen auf örtliche Probleme reagieren und nach dem Verursacherprinzip vorgehen, das Messstellennetz in besonders belasteten Gebieten weiterentwickeln und wissenschaftlich überprüfen.

Volt **Volt:** Volt richtet sich gegen den aggressiven Einsatz von

Pestiziden und spricht sich für den Verzicht beim Weinbau aus. Wasser aus Starkregenereignissen soll zudem aufgefangen und dem Grundwasser zugeführt werden.

NABU-FAZIT: Hier auf Verbote und verbindliche Regelungen zu setzen scheint aktuell der wirkungsvollste Weg. Besonders belastet ist die Region des intensiven Gemüseanbaus in der Vorderpfalz. Agrarumweltprogramme, die auf Freiwilligkeit beruhen, sind finanziell unattraktiv für die hochartragreichen Flächen des Gemüseanbaus. Preissteigerungen im Einzelhandel erscheinen zunächst reizvoll, würden aber nur zusammen mit verbindlichen Regelungen zur umweltschonenden Produktion tatsächlich Besserungen bewirken.

4. ... eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft erreichen?

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz **Bündnis 90/Die Grünen:** Wir werden ein eigenes Pestizidreduktionsprogramm entwickeln und dadurch schrittweise alle chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel durch wirksame biologische, naturverträgliche Verfahren ersetzen.

CDU Rheinland-Pfalz **CDU:** Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel erfolgt in der Landwirtschaft nach der guten fachlichen Praxis und unter Beachtung der vorgegebenen Grenzwerte. Wir sehen in der Förderung neuer Methoden und von Neuzüchtungen großes Potenzial den Pestizideinsatz in den kommenden Jahren weiter zu verringern.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz **Die Linke:** Unser Ziel bleibt eine naturnähere und ökologischere Landwirtschaft, die Ressourcen schont und die Fruchtbarkeit der Böden erhält. Dafür müssen auch in der EU die Weichen gestellt werden, eine nationale Landwirtschaftspolitik ist allein nicht zielführend.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz **Die Partei:** siehe 1

Klimaliste Rheinland-Pfalz **Klimaliste:** Wir wollen Winzer*innen und Landwirt*innen dabei unterstützen, Pflanzenschutzmittel zu reduzieren. Bis 2030 wollen wir so eine Reduktion von 50 % erreichen. Außerdem soll in anonymisierten Statistiken öffentlich einsehbar sein, welche Pflanzenschutzmittel eingesetzt wurden und wie viel davon.

In Naturschutzgebieten sind wir für eine schnelle und drastische Reduktion von Pestiziden. Langfristig sollen diese ganz verboten werden.

ödp **ÖDP:** Wir setzen uns dafür ein, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gezielter vorzunehmen und hinsichtlich Art, Menge und der Häufigkeit deutlich zu reduzieren. Hierzu kann insbesondere der biologische Pflanzenschutz beitragen. Nachweislich giftige Mittel wie Glyphosat oder Neonikotinoide sind zu verbieten.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz **Piratenpartei:** siehe 1

SPD Rheinland-Pfalz **SPD:** Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Landwirtschaft und Weinbau muss verringert werden. Potentiale liegen im Begrünungsmanagement und angepassten Bewirtschaftungssystemen.

Volt **Volt:** Beim Weinbau setzen wir zum Beispiel auf starke, pilzwiderstandsfähige Rebsorten. Sowie eine Unterstützung von ökologischer Saatgutforschung, welche robuster gegen Schädlingsbefall sind und dadurch weniger/keinen Einsatz von Pestiziden benötigen.

NABU-FAZIT: Ein flächig wirksames Pestizidreduktionsprogramm ist erforderlich. Darin müssen Ziele der Mengen- und Toxizitätsreduktion für unterschiedliche Anbaukulturen formuliert sein. Die Entwicklung neuer Methoden ist nötig, um auch im Obst- und Gemüseanbau Fortschritte zu ermöglichen. Mehr Transparenz zu ausgebrachten Pestizidmengen ist ein hilfreiches Instrument zur Überprüfung der Zielerreichung. Einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland, ist mit geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Wahlprüfstein II: NATURA 2000 und Gebietsschutz

Mit Einführung der Fauna-Flora-Habitat-(FFH) und der Vogelschutzrichtlinie haben sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, das dramatisch voranschreitende Artensterben zu stoppen und damit zu beginnen, angeschlagene Ökosysteme wiederherzustellen. Die wichtigsten Arten und Lebensraumtypen sollen wieder in einen guten Zustand gebracht werden. Das neben den Vorschriften zum Artenschutz und zur Jagd wichtigste Instrument der Naturschutzrichtlinien ist NATURA 2000, das inzwischen weltweit größte Netzwerk von Schutzgebieten. Zuständig für die Umsetzung von NATURA 2000 in Deutschland sind die Bundesländer, mit Ausnahme der Meeresschutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die in der Kompetenz des Bundes liegen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...



5. ... den konsequenten Schutz der NATURA 2000-Gebiete in Rheinland-Pfalz umsetzen?



Bündnis 90/Die Grünen: Im Rahmen einer strategischen Planung zur Umsetzung der Bewirtschaftungspläne werden Prioritäten für die unterschiedlichen Kreise und ihre Schutzgebiete erstellt. Wir werden anhand dieser strategischen Planung entsprechende Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen in den unterschiedlichen Gebieten bereitstellen.



CDU: Es gilt die ausgewiesenen Schutzgebiete konsequent weiterzuentwickeln, damit wir die Schutzziele erreichen können. Die Land- und Forstwirtschaft, sowie Jagd und Fischerei sind wichtige Partner in der erfolgreichen Entwicklung der Gebiete.



Die Linke: Natura 2020 ist ein wichtiger Ansatz, um das Artensterben zu verlangsamen und den Trend hoffentlich umzukehren. Wir wollen attraktiven Lebensraum für Flora & Fauna gewährleisten und werden die Einhaltung der Schutzrichtlinien stärker als bisher kontrollieren. Hinzu kommen muss die Vernetzung der Habitate.



Die PARTEI: 5 bis 9
Unsere Hochschulen bilden zahlreiche BiologX u. ä. aus. Vögelbeobachtungs- und Pflanzenzählpraktika können Online-Vorlesungen ergänzen, das Monitoring-Personal wird so massiv aufgestockt. Die Bildung einer bewaffneten Ranger-Staffel („Pfalz-Räinscha“) nach Vorbild des Virungaparks in der Demokratischen(!) Republik

Kongo gewährleistet den Schutz sensibler Lebensräume. Weiterhin fordert Die Partei den Stopp von Ausbauten (insb. der B10) und den Rückbau von Straßen zugunsten neuer Habitats, in die bestimmt die ein oder andere schützenswerte Art einziehen möchte (s. III). Die meisten Tiere können oder wollen den Knopf an Fußgängerampeln nicht betätigen, daher werden zum Biotopverbund Grünbrücken über Straßen und Autobahnen flächendeckend eingeführt. Gerade die Umwandlung von Straßen in Lebensräume für Bakterien, Archaeen, Pflanzen, Tiere, Pilze und sonstige eukaryontische Minderheiten bietet enormes Potential zur Habitatvernetzung.



Klimaliste: Der Schutz muss auf regionaler Ebene erfolgen. Deshalb wollen wir die Kommunen bei ihrer Aufgabe personell wie auch finanziell unterstützen.



ÖDP: Die ÖDP wird sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für den unbedingten Schutz dieser Gebiete einsetzen und hierbei auf die strikte Einhaltung der gebotenen Regularien und Instrumente achten. Sämtliche Eingriffe, die zu Beeinträchtigungen führen, müssen vermieden werden.



Piratenpartei: 5 bis 9
Die unter Punkt I benannten Gesetze enthalten auch Festlegungen in diesen Bereichen, sodass sie ebenfalls in einen entsprechenden Gesamtgesetzentwurf einfließen würden.



SPD: Die Bewahrung und Herstellung des günstigen Erhaltungszustands der Arten und Lebensraumtypen gemäß Natura 2000 wird in der Biodiversitätsstrategie der Landesregierung festgelegt. Schon jetzt hat Rheinland-Pfalz einen hohen Flächenanteil an Natura 2000-Flächen ausgewiesen, daran wollen wir festhalten.



Volt: Volt setzt sich dafür ein, dass die EU-Vogelschutz- und der FFH-Richtlinien nicht aufgeweicht werden. Zudem forcieren wir die vollständige und wirksame Implementierung der genannten Richtlinien. Ausweisungen der Schutzgebiete sollen so schnell wie möglich fertiggestellt werden und ein effektives Management in den bereits bestehenden Natura-2000-Gebieten errichtet werden. Etwaige Verstöße gegen die Richtlinien sollten verhindert, rechtzeitig erkannt und sanktioniert werden. Der Einsatz von autonomen Überwachungen durch Drohnen ist auf ihre Einsatzfähigkeit zu prüfen.

*NABU-FAZIT: Die Zielerreichung der Europäischen Naturschutzrichtlinien scheitert in erster Linie an einem Umsetzungsdefizit. Eine finanziell ausreichend bestückte Umsetzungsstrategie ist hier dringend erforderlich. Darin enthalten muss auch die Schaffung von Personalstellen sein, damit die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne mit Akteur*innen vor Ort besser kommunikativ und inhaltlich begleitet werden kann. Bauliche Eingriffe müssen stärker reglementiert und dürfen nur in Ausnahmen zugelassen werden.*

6. ... die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne befördern?



Bündnis 90/Die Grünen: Wir möchten nach ausführlicher Konzeptprüfung die Maßnahmenumsetzung befördern, indem wir Biologische Stationen in den einzelnen Kreisen etablieren.



CDU: 6 und 7
Wirtschaftliche Ausfälle durch geänderte Bewirtschaftungsmethoden werden wir finanziell ausgleichen, um so besonders unseren Landwirten eine Zukunft zu bieten. Im Dialog mit Experten*innen aus dem Naturschutz, der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft werden wir die Bewirtschaftungspläne weiter optimieren.



Die Linke: Die Bewirtschaftungspläne sind wichtige Elemente, um einzelne Akteure für ihre Verantwortung

zu sensibilisieren und Habitate gemeinschaftlich längerfristig zu erhalten und zu regenerieren. Das möchten wir so beibehalten.



Die PARTEI: siehe 5



Klimaliste: Vor allem wollen wir mehr Personal einstellen, dass die Umsetzung vorantreibt und, wenn noch nicht vorhanden, umfassende Managementpläne erstellt.



ÖDP: Das Verständnis für die Maßnahmen ist bei den Betroffenen zu verbessern, die Einhaltung der Maßnahmen ist konsequent zu überwachen. Tragen die Landwirte und Winzer zur Erhaltung von Kulturlandschaft, Biotopen und Arten bei, sollen sie stärker finanziell gefördert werden.



Piratenpartei: siehe 5



SPD: In Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden, den Eigentümern und Nutzern der betroffenen Flächen, durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Agrarumweltmaßnahmen des ELER-Entwicklungsprogramms (EULLE), Maßnahmen der „Aktion Grün“, Naturschutzberatung- und Management.



Volt: Bewirtschaftungspläne sollten in einfacher Sprache verfasst werden, damit sie nicht nur für die Wissenschaft und Behörden, sondern auch für andere betroffene Parteien verständlich sind. Bei der Abstimmung der Maßnahmen mit Interessensgruppen bietet sich ein Einsatz von partizipativen und kooperativen Planungsin-

strumenten an, da diese die Akzeptanz der Maßnahmen verbessern. Zudem sollen Ziele, Zuständigkeiten und Zeitpläne klar definiert werden.

NABU-FAZIT: Häufig kommt es bei der Umsetzung der Bewirtschaftungspläne zu Konflikten mit Nutzer*innen innerhalb der Gebiete. Die Nutzung ist oftmals, insbesondere in den Gebieten des

Offenlandes, wichtiger Bestandteil der Schutzgebiete. Um Konflikte zielgerichtet aufzulösen, ist ein intensiver Dialog mit allen Beteiligten zu stärken.

7. ... das Monitoring der Europäischen Schutzgebiete verbessern?

Bündnis 90/Die Grünen: Die Überwachung einheitlicher Monitoringkriterien kann gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Naturschutz unter dem Dach der Biologischen Stationen erfolgen.

CDU CDU: siehe 6

Die LINKE Die Linke: Aus unserer Sicht ist das Monitoring durchdacht und sinnvoll. Wir könnten uns jedoch vorstellen, dass aufgrund des Artenschwundes und der Veränderung im Hinblick auf die klimatischen Bedingungen die Abstände des Monitorings bei einzelnen Elementen engermaschiger ausfallen sollten.

Die PARTEI Die Partei: siehe 5

Klimaliste Klimaliste: Wir wollen das Monitoring der Schutzgebiete so ausweiten, dass auch statistische Aussagen auf Landesebene möglich

werden. Hierzu muss v. a. das Stichproben-Monitoring ausgebaut werden. Außerdem sollen mehr Arten und Lebensraumtypen im Totalzensus erfasst werden. Um dies zu erreichen werden wir uns für den Ausbau der notwendigen Ressourcen einsetzen.

ödp ÖDP: Ein gutes Monitoring setzt eine gute Ausstattung mit Personal und Sachmitteln voraus. Die Fachbehörden sind entsprechend auszustatten, dass sie ihre Aufgaben im Naturschutz erfüllen können. Hierzu ist fachkundiges Personal auszubilden. Außerdem setzen wir auf Kooperationen mit ehrenamtlichen Gruppen und Vereinen.

PIRATENPARTEI Piratenpartei: siehe 5

SPD SPD: Das bisher praktizierte FFH-Monitoring werden wir fortführen und ein noch präziseres und für RLP repräsentatives Monitoring mit Schwerpunkt Vogelmonitoring aufbauen.

Volt Volt: Durch den Ausbau des Monitorings mit einer geeigneten Methodik zur Bewertung von Maßnahmen & mit Gewährleistung personeller Ressourcen wollen wir das Monitoring verbessern. Auch eine Auswahl von Monitoring-Indikatoren, welche alle relevanten Treiber des Artenschwundes darstellen, ist wichtig. Wir erachten das Klagerecht von NGOs sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung durch die EU für sinnvoll.

NABU-FAZIT: Das Monitoring, also die regelmäßige Erfassung der Bestände geschützter Arten, ist dringend auszubauen und finanziell gut auszustatten. Rheinland-Pfalz hat insgesamt eine der bundesweit schlechtesten Datenlängen zu Bestandsentwicklungen geschützter Arten. Viel zu oft verlässt man sich auf die Erhebungen durch ehrenamtliche Aktive. Das Monitoring ist zudem so auszubauen, dass Aussagen über die Bestandsentwicklungen auf Landesebene möglich sind.

8. ... das Schutzgebietsnetz (nicht nur NATURA 2000) in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln?

Bündnis 90/Die Grünen: Naturschutzmaßnahmen sind dann besonders wirkungsvoll, wenn sie gut vernetzt werden. Deswegen wollen wir die öffentliche Steuerung stärken, weitere Naturschutzprojekte planen und umsetzen sowie alle Akteur*innen mit einbeziehen. In unseren Wäldern möchten wir den Anteil an Wildnisflächen durch eine landesweite Umsetzung der Biotop-Altbau-Totholz (BAT) Konzepte auf 5 Prozent der Gesamtwaldfläche erhöhen und somit das nationale Wildnisziel erfüllen.

CDU CDU: 8 und 9
Flächenhafte Naturdenkmale, Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und der Nationalpark Hunsrück-Hochwald sind wichtige Trittsteinbiotope für Tiere und Pflanzen. Sie gilt es miteinander zu vernetzen. Die Betreuung und Entwicklung der Schutzgebiete ist zu stärken. Dazu müssen finanzielle und personelle Ressourcen wo nötig neu geschaffen werden und bestehende Ressourcen besser vernetzt und gemeinsam koordiniert werden.

Die LINKE Die Linke: Vor einer Weiterentwicklung steht aus unserer Sicht eine Bestandsaufnahme und gemeinsame Bewertung von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen. In Rheinland-Pfalz gibt es viele attraktive Schutzgebiete – wir sind dafür, weitere auszuweisen, wenn dies nötig und für den Artenschutz sinnvoll ist.

Die PARTEI Die Partei: siehe 5

Klimaliste Klimaliste: Wir wollen jede Kommune beim Anlegen und bei der Instandhaltung eines eigenen Biotops unterstützen. Außerdem sind wir für die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete, um so ein größeres Schutzgebietsnetz zu schaffen. Zusätzlich wollen wir Bürgerverbände, die sich an der Errichtung und Pflege der Biotope beteiligen möchten, fördern.

ödp ÖDP: Wir fordern den Schutz der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt durch Erhalt, Vernetzung und Erweiterung von Biotopen auf bis zu 15 % der Landesfläche.

Hierzu sind vorhandene FFH-Gebiete ggf. zu vergrößern und geeignete Gebiete nachzumelden.

PIRATENPARTEI Piratenpartei: siehe 5

SPD SPD: Wir wollen die Ziele der Biodiversitätsstrategie fortführen: konkrete Schutzziele und Verbotstatbestände benennen, den Grundsatz „Qualität vor Quantität“ verfolgen, Vertragsnaturschutz stärken.

Volt Volt: Hier wollen wir eine ambitionierte Renaturierung von Fluss-, Auen- und Moorlandschaften möglichst grenzübergreifend fördern.

NABU-FAZIT: Die Vernetzung der Schutzgebiete muss gefördert werden, aber auch die Neuausweisung von Schutzgebieten darf nicht länger ein Tabu sein. RLP ist mit gerade 2 % der Landesfläche, die als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind, Schlusslicht unter allen Flächenländern bundesweit. Hier besteht enormer Nachholbedarf. Die Einbeziehung verschiedener Akteur*innen in eine landesweite Konzeptionierung ist wünschenswert.

9. ... den Biotopverbund im Land weiterentwickeln?

Bündnis 90/Die Grünen: Dazu möchten wir Trittsteinbiotope wie z. B. Streuobstwiesen oder Heckenstreifen, schaffen und diese im Rahmen von zielgerichteten Agrarumweltprogrammen und langjährigen Pflegeverträgen weiter stärken.

CDU Rheinland-Pfalz CDU: siehe 8

Die LINKE Rheinland-Pfalz Die Linke: Die Schwierigkeiten bei den Biotopvernetzungen liegen oftmals in den großen zusammenhängenden landwirtschaftlichen Flächen, der Versiegelung und großen Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen. Wir wollen, dass Naturschutz und wirtschaftliche Interessen gleichberechtigt behandelt werden.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: siehe 5

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Der Biotopverbund soll ausgebaut

und Biotope stärker vernetzt und verbunden werden, damit ein Austausch zwischen den Populationen stattfinden kann und die Lebensräume von Tieren und Pflanzen vergrößert werden. Daher wollen wir Gemeinden dazu ermuntern, Biotope auszuweisen und ihnen bei der Anpassung der Biotopflächen an die veränderten klimatischen Bedingungen aufgrund des Klimawandels helfen.

ödp ÖDP: Wir fordern den Erhalt von planungsrechtlichen Festsetzungen zu Vorrangflächen für den Naturschutz und dass diese in nachgeordneten Planungen unbedingt Bestand haben. Im Landesentwicklungsprogramm sind aufgrund der Ergebnisse der Planung vernetzter Biotopsysteme Kernräume für den Arten- und Biotopschutz auszuweisen.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: siehe 5

SPD Rheinland-Pfalz SPD: Auf Meilensteine setzen: Renaturierung und Entwicklung der Durchgängigkeit von Gewässern und Auen vorantreiben, Zerschneidung von Lebensräumen vermeiden sowie funktionsfähige Wanderkorridore für Wildtiere schaffen.

Volt Volt: Wir fordern ausreichend große Schutzgebiete, die mit Grünbrücken und anderen Vernetzungsmöglichkeiten über Straßen verbunden sind, um eine Zerschneidung zu reduzieren.

NABU-FAZIT: Der Biotopverbund muss gestärkt und landesweit durchgängig geplant werden. Nur so können lebensfähige Populationen erhalten werden und Arten sich wieder natürlich ausbreiten. Zwar ist der Biotopverbund auf Ebene der Regionalplanungen verankert, viel zu oft wird er aber durch bauliche Eingriffe dennoch zerschnitten. Die Etablierung von Querungshilfen, wie Grünbrücken, muss konsequent verfolgt werden.

Wahlprüfstein III: Flächenversiegelung

Der Boden erfüllt lebenswichtige Funktionen für unsere Ökosysteme. Mit dem Verbrauch neuer Flächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke und zunehmender Versiegelung gehen vor allem die Lebensraumfunktion des Bodens, die Fruchtbarkeit und die Wasserdurchlässigkeit des Bodens verloren. Zu den Folgen zählen der Verlust der Bodenfauna, örtliche Überschwemmungen bei starken Regenfällen, fehlende Grundwasserneubildung sowie städtische Wärmeinseln durch fehlende Verdunstungskälte. Mit den unbebauten Flächen und unversiegelten Böden als endliche Ressource muss also sparsam umgegangen werden.

10. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf die Flächenversiegelung im Land?

Bündnis 90/Die Grünen: Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Dafür benötigen wir eine transparente und flächenschonende Landes- und Bauleitplanung nach ökologischen Kriterien.

CDU Rheinland-Pfalz CDU: Unser Ziel ist es die Versiegelung deutlich zu reduzieren und dort womöglich bereits versiegelte Flächen wieder zu öffnen. In stark versiegelten Bereichen sind Projekte zu fördern die auf künstlichen geschaffenen Flächen eine ökologisch nachhaltige Dachbegrünung initiieren. Die wertvollen Böden unserer Agrarlandschaft sind zu schützen.

Die LINKE Rheinland-Pfalz Die Linke: Unter ökol. Gesichtspunkten sind Flächenversiegelungen eine Katastrophe. Wir wollen, dass Versiegelungen nur dann erfolgen, wenn es dafür überragende Gründe des Gemeinwohls gibt.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: 10 bis 13 In dieser Frage ist sich Die Partei uneins: Während der Grüne Flügel jedem Betonmischer grundsätzlich kritisch gegenüber steht (s. II), fordert der Graue Flügel lautstark: „Flächen zu versiegeln ist unerlässlich für unsere Infrastruktur. Wir wollen dem Trend der Zeit folgen und diese vorantreiben. Wozu in die Höhe bauen, wenn wir noch so viel Grau in die Welt tragen können? Außerdem wird die weitreichende Flächenversiegelung die Biodiversitätsdebatte deutlich beschleunigen.“ Der Grüne Flügel distanziert sich hiermit von dieser Aussage und fordert stattdessen den Rückbau von Straßen (s. II). Zu §13b des BauGB fordern wir das Gegenteil dessen, was die FDP sagt. Wir sind schließlich keine Spaßpartei! Eine innenfreie Autostadt schafft endlich Parkplätze für alle, die mit dem Auto Geschäfte besuchen wollen. Davon gibt es dann nämlich auch nicht mehr so viele. Die übrig gebliebenen Filialen immer gleicher Ketten werden mit Drive-In-Schaltern ausgestattet, um noch bequemeres Einkaufen zu ermöglichen.

Foto: www.pixabay.com



Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Großflächige Versiegelungen sollen nicht mehr erlaubt sein, sollte das Wasser nicht am Rand der Flächen oder anderweitig versickern können. Versiegelte Orte sollen entsiegelt werden & Platz für Natur machen.

ödp ÖDP: Unser Ziel ist, dass netto keine weitere Flächenversiegelung stattfindet. Die negativen Einflüsse der bereits vorhandenen Flächenversiegelung müssen durch geeignete Maßnahmen abgemildert werden.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Flächenversiegelung hat im Gegensatz zu den 90er Jahren abgenommen, steigt jetzt aber leicht durch den Bedarf an Siedlungs- und Verkehrsfläche. Hier ist auch die Lösung zu suchen. Die Versiegelung von Siedlungsflächen kann man durch Gesetze begrenzen, aber auch hier gilt es im größeren Maße Aufklärung zu betreiben.

SPD Rheinland-Pfalz SPD: Wir wollen bestehende Begrünungskonzepte fortführen, Schotter- und Steingärten einschränken, Flächen effizient nutzen und Flächenverbrauch begrenzen.

Volt Volt: Wo möglich soll eine Entsiegelung des Bodens erfolgen und Grünflächen erhalten werden. Zudem setzen wir uns für eine ambitionierte Begrü-

nung (Gebäudebegrünung etc.) in Städten ein.

NABU-FAZIT: Das Ziel einer neutralen Flächenbilanz muss ambitioniert verfolgt werden. Hierzu sind landesplanerische Vorgaben mit konkreten Zielsetzungen zu machen. Kommunen müssen dabei begleitet werden, Strategien zur Erreichung neutraler Flächenbilanzen zu entwickeln. Auch ein Verbot von Schottergärten, sowie Grünerhalt- bzw. Begrünungskonzepte sind kommunal umzusetzen.

11. Wie wollen Sie Ihre Ziele umsetzen?

Bündnis 90/Die Grünen Wir wollen einen eigenen Bodenfonds Rheinland-Pfalz gründen. Wir möchten zudem die unterschiedlichen Planungsebenen besser miteinander verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame Wirkeffekte erzielen.

CDU Rheinland-Pfalz CDU: s. Zukunftsagenda der CDU Rheinland-Pfalz

DIE LINKE Rheinland-Pfalz Die Linke: Dorf- und Innenstadterneuerung, sowie Nachverdichtung des Wohnraumes, sind hier die Schlüsselwörter. Wir wollen nicht, dass Städte immer weiter wachsen.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: siehe 10

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Innenentwicklung soll vor Außenentwicklung gefördert werden. Unter anderem soll ein weniger PKW-zentrierter Verkehrssektor und eine ökologische Stadtplanung zu Entsiegelungen führen. Neubauten müssen über den gesamten Lebenszyklus betrachtet

klimateutral sein. Das stellt eine umweltverträgliche und flächensparende Bauweise sicher.

ödp ÖDP: Um den ausufernden Flächenbedarf zu bremsen bzw. zu steuern ist die Einführung von handelbaren Flächenzertifikaten einzuführen. Neue Bebauung ist an den Rückbau bzw. die Aufhebung von Bauflächenausweisungen gekoppelt. Werden neue Flächen überbaut, muss an anderer Stelle für Ausgleich gesorgt werden.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Durch wesentlich mehr Aufklärungsarbeit schon in der Schule, aber auch für Entscheider. Auch hier gilt, wir müssen den Natur- & Umweltschutz in einem Miteinander umsetzen. Der Bedarf an Verkehrsflächen kann durch Eindämmung des Individualverkehrs gesenkt werden, hier fordern wir einen kostenlosen (umlagefinanzierten) ÖPNV um eine Alternative für das Auto zu bieten. Der Güterverkehr muss mehr auf Schiene & Wasser verlagert werden. z. B. haben wir einen Linien-Güter Verkehr für Rhein & Mosel im Programm, ebenso den massiven Ausbau des Schienennetzes.

SPD Rheinland-Pfalz SPD: Es gilt: Innenentwicklung vor Neubau auf der grünen Wiese. Kommunen unterstützen wir bei der Umsetzung.

Volt Volt: Volt setzt sich für die Nutzung von bereits versiegelten Flächen wie Dächern ein, indem diese ab dem ersten Quadratmeter begrünt werden bzw. für erneuerbare Energien genutzt werden sollen. Das soll durch Förderprogramme unterstützt werden und ein jährlicher, kommunaler Wettbewerb für die nachhaltigste und innovativste Gebäudebegrünung wäre denkbar.

NABU-FAZIT: Grundsätzlich fordert auch der NABU eine Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Aber auch in der Innenentwicklung darf wichtiges Stadtgrün nicht der Versiegelung zum Opfer fallen. Ökologische Stadtplanungen müssen einerseits Möglichkeiten zur Nutzung aufzeigen & gleichzeitig ökologischen Ansprüchen auch innerhalb der Gemeinden gerecht werden. Anreize und Gesetze sind so auszugestalten, dass Aus- & Umbau vor Neubau gefördert wird.

12. Wie steht Ihre Partei zur Fortführung des umstrittenen Paragraphen 13b des BauGB?

Bündnis 90/Die Grünen Eine bundesweite Regelung, wie §13b BauGB, die Planungen ohne Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung ermöglichen, lehnen wir vehement ab.

CDU Rheinland-Pfalz CDU: Mit der Regelung des § 13b im BauGB werden Erleichterungen geschaffen, um die bereits bebauten Ortsränder maßvoll zu erweitern. Wir stehen zu dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung. Insbesondere in den Dörfern ist ein großes Potenzial bereits vorhandene Bauflächen besser zu nutzen. Konkret schlägt die CDU vor, dass das Land Familien für den Erwerb und die Sanierung bestehender Bau-substanz jährlich 1.000 Euro Zuschuss zahlt.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz Die Linke: Wir sind gegen eine Verlängerung oder Fortführung. Für im Einzelfall notwendige Arrondierungen ist eindeutig genug Zeit gewesen, wir wollen nicht, dass aus der Schließung von Lücken dauerhaft eine Genehmigung zum Wuchern von Bebauung wird.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: siehe 10

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Wir sind wegen unkontrolliertem Flächenverbrauch sowie Wegfall der Töb- und Öffentlichkeitsbeteiligung gegen § 13b BauGB.

ödp ÖDP: Der § 13b verhindert den von der

ÖDP geforderten Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Wir sind gegen die Ausweitung der Geltungsdauer des §13 BauGB durch die Entfristung.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Neue Wohn- und Siedlungsflächen zu erschließen kann sinnvoll sein. Deutschland leidet an Wohneigentum, welches auch zu einer sozialen Schieflage führen kann. Zum Beispiel haben Rentner ohne Wohneigentum erheblich unter steigenden Mieten zu leiden. Dies bedeutet aber nicht, dass immer mehr Außengebiete erschlossen werden müssen. Es gibt innerstädtische Gebäude, die sich zu Wohneigentum umwandeln lassen. Leider sind aber die Quadratme-

terpreise für Wohnfläche in der Stadt völlig aus dem Ruder gelaufen. Hier muss durch sozialen Wohnungsbau entgegen gewirkt werden. Auch in Dörfern gibt es im Innenbereich oft viele Gebäude die zu Wohnraum umgebaut werden sollten, besser als immer neue Baugebiete zu erschließen. Dies dient auch der Dorfgemeinschaft.

SPD Rheinland-Pfalz: Die SPD hat sich gegen die Verlängerung ausgesprochen, da durch die zusätzliche Überbauung von Boden ohne Kompensation Biodiversität, Lebensräu-

me und das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigt werden sowie weniger bezahlbarer Wohnraum entsteht als erhofft.

Volt Volt: Der Paragraph 13b des BauGB führte zu einer Verschärfung der Flächenversiegelung, da Umweltprüfungen und Eingriffsausgleiche ausgesetzt wurden. Das eigentliche Ziel des Paragraphen wurde verfehlt. Die Fortführung der jetzigen Fassung des Paragraphen ist daher aus Sicht von Volt nicht vereinbar.

NABU-FAZIT: Aus Sicht des NABU darf §13b BauGB nicht fortgeführt werden und ist abzuschaffen. Vielmehr müssen andere Konzepte entwickelt werden, um bezahlbaren Wohnraum auch im Innenbereich zu ermöglichen. Gerade Ortsränder zeichnen sich oft durch eine hohe Biodiversität aus, weshalb Planungen ohne entsprechende Berücksichtigung des Naturschutzes und Beteiligungsmöglichkeiten abzulehnen sind.

13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei von einer gelungenen Innenentwicklung?

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden die Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme an ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten. Ebenso wollen wir vorhandene grüne und blaue Oasen aufwerten und um naturnahe Begrünungen von Vorgärten, Fassaden und Dachflächen oder naturnahe Wasserflächen erweitern. Zusätzlich werden wir die Installation von Nisthilfen für unsere Vögel und Insekten sowie Fassaden- und Dachbegrünung an allen öffentlichen Gebäuden prüfen.

CDU Rheinland-Pfalz: CDU: Grünflächen in Städten und Dörfern gilt es zu erhalten und möglichst ökologisch zu gestalten. Sie haben eine wichtige Funktion als Erholungsraum für die Bewohner können gleichzeitig wichtige Vernetzungselemente zur Förderung der biologischen Vielfalt darstellen. Durch die energetische Sanierung vieler Häuser gehen wichtige Brut- und Ruheräume für verschiedene Tierarten (z. B. Fledermäuse, Mauersegler) verloren. Durch die Förderung von ingenieurbioologischen Maßnahmen werden wir wieder für neuen Brut- und Ruheraum sorgen.

Die Linke Rheinland-Pfalz: Die Linke: Eine gelungene Stadt- und Dorfentwicklung

schaft Lebens- und Arbeitsraum, funktioniert ökologisch nachhaltig und schützt die Gesundheit der Menschen. Erste Schritte dahin wären autofreie Innenstädte, Personennahverkehr zum Nulltarif und ein Mietendeckel für Ballungsgebiete, der Wohnen bezahlbar macht.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz: Die Partei: siehe 10

Klimaliste Rheinland-Pfalz: Klimaliste: Baulücken und versiegelte Flächen sollen priorisiert bebaut, der Bestand für zusätzlichen Wohnraum ausgebaut und Grünflächen in Kombination mit autofreien Rad- und Fußwegenetzen ausgeweitet werden.

ödp ÖDP: Die ÖDP befürwortet die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden, das Wachstum nach außen in die freie Landschaft ist zu begrenzen. Es müssen zuerst Brach- und Konversionsflächen wieder genutzt werden. Eine Nachverdichtung bestehender Wohnsiedlungen zulasten von Grün-, Aufenthalts- und Spielflächen lehnt die ÖDP ab.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz: Piratenpartei: Wir sehen da die 15 min Stadt als gutes Beispiel, mit wesentlich mehr

Fläche für Fußgänger und Radfahrer. (siehe obige Antworten)

SPD Rheinland-Pfalz: SPD: Eine gelungene Innenentwicklung folgt dem Prinzip: Innen vor Außenentwicklung. Ortskerne wollen wir zukunftsfähig und lebenswert gestalten, Leerstände vermeiden und den Flächenverbrauch beschränken. Dazu stellen wir Fördermittel für gelungene Maßnahmen zur Verfügung.

Volt Volt: Wir werden uns dafür einsetzen, die Grundsteuer fair zu gestalten. Die Grundsteuer soll künftig als Bodensteuer ausgestaltet werden, da wir das für sozial, nachhaltig, transparent, unbürokratisch und investitionsfreundlich halten und das auch eine einfache Berechnungsgrundlage bieten würde. Unser Ziel dabei ist es, die Flächenversiegelung insgesamt zu minimieren.

NABU-FAZIT: Moderne Dorf- und Stadtentwicklung muss, neben bezahlbarem Wohnraum, ökologische Aspekte mit einbeziehen. Die Nutzung von Bestandsimmobilien muss attraktiver sein als der Neubau am Ortsrand. Städtebauliche Konzepte mit ökologischem Fokus beziehen Grünflächen, Klimaschutz und Artenschutz am Gebäude mit ein und können so ein lebenswerten Wohnraum in Gemeinden ermöglichen.

Wahlprüfstein IV: Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland Deutschlands. Gut 42 % der Landesfläche sind bewaldet, weshalb dem Waldschutz, und damit der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern hier im Land eine besondere Bedeutung zukommt. Wälder liefern den wichtigen und wertvollen Rohstoff Holz. Sie sind aber nicht nur unter dem Aspekt der Wertstoffgewinnung zu betrachten. Sie sind Lebensraum für unzählige Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und spielen eine wichtige Rolle im Klimaschutz, sowohl als CO₂-Senken, als auch in ihrer Funktion im Klimasystem. Der dauerhafte Schutz und Erhalt dieser lebendigen Vielfalt ist ein wichtiges Ziel für die Gesellschaft, schließlich sind auch wir Menschen auf intakte Wald-Ökosysteme angewiesen.

14. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um unsere Wälder und Forste klimastabiler zu gestalten?

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden den nachhaltigen Waldumbau hin zum klimaangepassten & naturnahen Mischwald konsequent weiterverfolgen. Vor allem heimische, belastbare Baumarten werden den naturnahen Waldumbau ergänzen & die Artenvielfalt im Wald bereichern.



CDU: Wir fordern einen Paradigmenwechsel:

Waldschutz ist Klimaschutz. Es ist nicht länger zeitgemäß, die verschiedenen Bereiche Forstwirtschaft, Naturschutz, Jagd, Landwirtschaft, Holzindustrie und Tourismus einzeln zu betrachten. Die Einführung einer Flächenprämie für die CO₂-Speicherleistung ist ein wichtiger Schritt, um den Waldbau zu finanzieren.



Die Linke: Nachhaltige Forstwirtschaft mit standort- und klimaangepassten Baumarten ist der Schlüssel für einen klimastabilen Wald. Dies ist eine Herausforderung nicht nur für Staats- und Kommunalwald, sondern auch für Privatwaldbesitzer. Letztendlich bleibt der Schutz der Wälder eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Deshalb dürfen Waldbesitzer, die nachhaltig wirtschaften wollen, finanziell nicht im Regen stehen bleiben.

Wir schlagen Mischwald aus *Phoenix dactylifera* (Dattel) und *Olea europaea* (Olive) vor, diese sind zusätzlich sehr lecker. Der Olivenbaum steht mit seinem Artepitheton zudem wie keine andere Art für das größte aller Projekte: Europa. Was für ein starkes Symbol, das unser Land aussenden könnte!



Die Partei: 14 bis 18 Anpflanzen von Baumarten, die besser auf Hitze und Trockenheit ausgelegt sind, macht Wälder klimastabil.

Wir schlagen Mischwald aus *Phoenix dactylifera* (Dattel) und *Olea europaea* (Olive) vor, diese sind zusätzlich sehr lecker. Der Olivenbaum steht mit seinem Artepitheton zudem wie keine andere Art für das größte aller Projekte: Europa. Was für ein starkes Symbol, das unser Land aussenden könnte!

Wir fordern die Verstaatlichung von Privatwald. Wald ist Allgemeingut, das Naturerfahrung oder auch Holzgewinnung (wenn es sein muss) dienen soll. Wenn alles in kommunaler Hand liegt, können Waldentwicklungspläne zügig umgesetzt werden. Das Pflanzen der Setzlinge kann von bisher ungenutzten Arbeitskräften aus Pirmasens realisiert werden. Der Białowieża-Urwald lehrt, dass Sicheinfach-mal-Raushalten das beste Rezept für einen gesunden Naturhaushalt sein kann. Weitere Maßnahmen: (a) Jäger entwaffnen, denn der Abschuss von Bambi und Co. aus vorgeschobenen Naturschutzgründen ist ein



Foto: NABU/CEWE/Sebastian Bauer

unverhältnismäßiger Eingriff in Ökosysteme; (b) Prädatoren wie der Wolf ersetzen natürlicherweise die Jagd – für ein positives Image brauchen wir Patenschaften; (c) Schafe sind so süß! Hier muss der Staat schützend eingreifen und SchäferXn Herdenschutzhunde zur Verfügung stellen; (d) Die Schweinepest kommt – hier dürfen die Verantwortlichen nicht den Kopf in den (Bunt-)Sand(-stein) stecken, wir brauchen den Impfstoff.

Impfskeptiker unter *Sus scrofa* werden ins Saarland abgeschoben. (e) Die Funktion von Pilzen im Wald wird oft unterschätzt. Zur Maximierung der Bestände fordert Die Partei Winterfütterung mit Totholz. Auch braucht es Schutzgebiete, in denen das Sammeln zu Speisezwecken verboten ist. Denn in einem Steinpilz-Fruchtkörper passieren Dinge, die nicht jugendfrei sind, da sollten wir nicht stören!



Klimaliste: Bei Flächen mit massivem Fichtensterben soll geprüft werden, ob sie in Naturschutzgebiete umgewandelt werden sollten. Neue klimatische Bedingungen sollen bei der Wiederbewaldung berücksichtigt und Forschungs- und Anpassungsstrategien ausgeweitet werden.

Bei Flächen mit massivem Fichtensterben soll geprüft werden, ob sie in Naturschutzgebiete umgewandelt werden sollten. Neue klimatische Bedingungen sollen bei der Wiederbewaldung berücksichtigt und Forschungs- und Anpassungsstrategien ausgeweitet werden.



ÖDP: Vor dem Hintergrund von Klimawandel, zunehmender Trockenheit, Sturmwürfen und Borkenkäferbefall ist die Entwicklung naturgemäßer, vielfältiger, widerstandsfähiger Wälder durch Integration natürlicher Sukzessionsprozesse in die Strategien zur Wiederbewaldung vorzunehmen.



Piratenpartei: Einfach dem Wald wieder mehr

„Natur“ zurück geben. Das bedeutet, den ursprünglichen Laubmischwäldern in Europa wieder wesentlich mehr Raum geben. Sollte sich das Klima weiter verändern ist das Augenmerk auch auf Baumarten zu richten, die widerstandsfähiger sind. Natur vor Kommerz, lautet da unsere Forderung.



SPD: Wir werden eine naturgemäße Waldwirtschaft weiter fördern mit einer Bewirtschaftung, in der die natürliche Verjüngung Vorrang hat und nur partiell durch standortgeeignete Planungen ergänzt wird.



Volt: Volt setzt hier auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung und klimaresistente Baumarten neben regionalen Baumarten (Mischwälder). Zudem sollten Wälder besser gegen Brände vorbereitet werden, um effektiveres Löschen zu gewährleisten und damit Schäden zu minimieren.

NABU-FAZIT: Die Klimastabilität der Wälder ist für Rheinland-Pfalz, als walddreichstes Bundesland, ein wichtiges Thema. Naturnaher Waldbau und die Stärkung des Waldes als Klimaschützer sind wichtige Schritte. Dabei können auch Förderungen Anreize liefern, diese müssen aber an bestehende und hochwertige Zertifikate, wie FSC gekoppelt sein. Höhere Naturschutzstandards sollten im Rahmen einer Förderung auch höher entlohnt werden, damit die gewünschten ökologischen Effekte erzielt werden.

15. Wie sollten Maßnahmen in Staats-, Kommunal- und Privatwald umgesetzt werden?



Bündnis 90/Die Grünen: Wir

GRÜNE möchten unsere gesamte Waldfläche mit dem Forest-Stewardship-Council (FSC) Siegel als besonders naturnah und nachhaltig zertifizieren lassen. Daneben möchten wir mit dem Forschungsprojekt „Klimawald 2100“ extensive, naturverträgliche Bewirtschaftungsarten erforschen und erproben wie unsere Wälder sich naturnah

sowie klimaresistent weiterentwickeln lassen.



CDU: Wir wollen unsere Wälder erhalten und die Waldbesitzer dabei unterstützen, indem wir sie bei Reviervorkosten und den Kosten für Verkehrssicherungspflichten entlasten. Unsere Försterinnen und Förster arbeiten am Limit. Daher fordern wir, das Personal in

Forstämtern & Waldforschung aufzustocken und Fortbildungs- und Schulungsprogramme in Waldökologie und Naturschutz zu forcieren. Wir bauen Hürden bei der Beantragung von Mitteln ab und garantieren, dass Geld dort zeitnah ankommt, wo es gebraucht wird.



Die Linke: Bei Staats- und Kommunalwäldern sehen

wir hier die geringsten Probleme, da hier vielerorts bereits sehr stark auf Nachhaltigkeit und Klimastabilität gesetzt wird. Für Privatwaldbesitzer*innen müssen finanzielle Anreize geschaffen werden, den Wald und die Biotop abseits der Holzverwertung zu erhalten und wo nötig wieder aufzubauen.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: siehe 14

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Kommunen und Privatpersonen sollen ermutigt werden, das BAT-Konzept auf Wälder in ihrem Besitz anzuwenden. Hierzu sollen die Forstämter bei der Planung und Umsetzung beratend zur Seite stehen.

ödp ÖDP: Im Bereich des Kommunal- und Privatwaldes ist durch Förderprogram-

me (FSC-Zertifizierung) eine Ausdehnung des naturgemäßen Waldbaus vorzunehmen. Im Staatswald ist durch das Land mit gutem Beispiel voranzugehen.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Da es in RLP sehr viel Kommunalen-, Staats- und Kirchenwaldbesitzer gibt, sind diese Besitzer gleich zu behandeln und zur natürlichen Waldbewirtschaftung aufzufordern, nötigenfalls per Gesetz. Bei den vielen Eigentümern kleinerer Waldflächen muss auch wieder viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, um den reinen Kommerz zu unterbinden.

SPD SPD: Waldbesitzer mit zertifizierter Waldbewirtschaftung sollen für ihre gesamtgesellschaftlichen Leistungen

gefördert werden. Mit uns kommen „Waldprämie“ und „Waldklimafonds“.

Volt Volt: In staatlichen Wäldern und Kommunalwäldern sollen Gebiete mit natürlicher Waldentwicklung erhöht werden. Zudem sollen Anreize geschaffen werden, um sie auch in Privatwäldern zu fördern.

NABU-FAZIT: Im Staatswald ist RLP durch seine FSC-Zertifizierung schon weit gekommen, es müssen aber auch für Kommunal- und Privatwald ambitionierte Ziele gesetzt werden, die mit entsprechenden Anreizen gekoppelt sein können. Konzepte, wie das BAT-Konzept müssen optimiert und flächendeckend umgesetzt werden. Forschungsprojekte zur Klimawirkung und Klimaanpassung unserer Wälder sind dringend umzusetzen.

16. Welche Flächenziele zur natürlichen Waldentwicklung verfolgt Ihre Partei?

Bündnis 90/Die Grünen Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen 5 Prozent der Gesamtwaldfläche der natürlichen Waldentwicklung überlassen und sehen die flächendeckende Ausweitung des Biotop-Altbau-Totholz (BAT) Konzepts als praxisnahes Instrument.

CDU CDU: Eine ökologisch fundierte naturnahe Waldentwicklung soll in Rheinland-Pfalz großflächig umgesetzt werden. Besonders dort wo derzeit Waldflächen durch den Klimawandel stark geschädigt sind, ist mit dem ökologisch fundierten naturnahen Wald am Bau so schnell wie möglich zu beginnen.

DIE LINKE. Die Linke: Die natürliche Waldentwicklung sollte überall das Mittel der Wahl sein. Nur bei Kalamitäten sehen wir einen vorsichtig und zurückhaltend auszuübenden Handlungsbedarf. Dazu gehört aus unserer Sicht jedoch auch, dass die

Gewinnerzielungspflicht von Landesforsten überdacht wird.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: siehe 14

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Wir sind für die Ausweisung weiterer Naturwaldgebiete. Welche Waldstücke sich dafür besonders eignen, soll regional entschieden werden.

ödp ÖDP: Aus unserer Sicht sollte die natürliche Waldentwicklung mittel- bis langfristig auf die gesamte Waldwirtschaft ausgedehnt werden. Wir halten dies langfristig auch für wirtschaftlich geboten, um die Wald- und Forstbewirtschaftung nachhaltig zu sichern.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Hierzu haben wir keine genaue Parteimeinung, sie schwankt bei den

Piraten RLP zwischen 5 und 10 % natürlicher Waldentwicklung.

SPD SPD: Wir werden den Staatsforst in RLP nach hohen Standards bewirtschaften. Im Staatswald ist das Ziel: Anteil der Prozessschutzflächen von 10 Prozent.

Volt Volt: Die eigentlich für 2020 geplanten 5 % NWE sollen möglichst schnell erfüllt werden. Wir erachten es als sinnvoll, weitere ambitionierte Ziele zu setzen.

NABU-FAZIT: Der NABU fordert 10 % des Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen, also jedwede Nutzung einzustellen. Da der Staatswald in Rheinland-Pfalz nur gut ein Viertel der Waldfläche ausmacht, muss entweder eine entsprechend größere Fläche des Staatswaldes unter Prozessschutz gestellt werden oder deutliche Anreize für den Kommunal- und Privatwald gesetzt werden.

17. Wie möchte Ihre Partei die Biodiversitätsziele in Wäldern erreichen?

Bündnis 90/Die Grünen Bündnis 90/Die Grünen: Durch die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne in den Natura 2000 Waldgebieten, die flächendeckende FSC-Zertifizierung unserer Wälder und die Einführung des Biotop-Altbau-Totholz (BAT) Konzepts in allen Revieren, kommen wir den Biodiversitätszielen in unseren Wäldern ein sehr großes Stück näher.

CDU CDU: Vertragsnaturschutz im Wald einführen: Um den Naturschutz und die Biodiversität zu


fördern, wollen wir im Wald zusätzlich zur Klimaschutz-Flächenprämie ein attraktives Angebot für den Vertragsnaturschutz einführen. Für den Umbau in einen naturnahen, klimastabilen Wald ist es notwendig, die Waldbesitzer für den Schutz des Ökosystems zu vergüten. Forstämter, Hochschulen und wissenschaftliche Institute müssen besser vernetzt werden.

DIE LINKE. Die Linke: Die natürliche Waldentwicklung ist hierfür ebenso


ein wichtiger Baustein wie der Biotoperhalt.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: siehe 14


Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Bestehende Wälder sollen zu naturnahen Mischwäldern werden. Gemäß dem BAT-Konzept werden Biotopbäume und Altbäume geschützt und mehr Totholz verbleibt im Wald, sodass dieser Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren, Pflanzen und Pilzen bietet.

 **ÖDP:** In dem von der ÖDP geforderten Erhalt und Ausbau des naturgemäßen ökologischen Waldbaus sehen wir einen wesentlichen Eckpunkt für das Erreichen der Biodiversitätsziele in Wäldern.

 **PIRATENPARTEI** Piratenpartei: siehe 14


 **SPD:** Biodiversität hat für uns hohen Stellenwert. Erhalt und Pflege unserer Wälder als natürliche Klimaschützer


sind zentrale Anliegen, Wälder werden wir als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als CO₂-Senke schützen.


 **Volt:** Volt macht sich stark für eine naturnahe Waldbewirtschaftung mit möglichst wenig Einfluss vom Menschen (Naturwaldreservate), Förderung von mehr Laubbäumen und Mischwäldern inklusive klimaresistenter Baumarten.

NABU-FAZIT: Rheinland-pfälzische NATURA 2000-Gebiete liegen großteils im Wald. Durch konsequente Umsetzung der Bewirtschaftungspläne kann hier viel erreicht werden. Die flächige Einführung von FSC, sowie andere Förderkonzepte können insbesondere für den Privatwald zusätzliche Anreize schaffen. Auch die flächendeckende Umsetzung und Optimierung des BAT-Konzeptes kann ein weiterer Baustein sein. Da der Besuchsdruck in einigen Wäldern enorm zugenommen hat, sind Lenkungs Konzepte zu entwickeln.

18. Welche jagdpolitischen Ziele verfolgt Ihre Partei?


 **Bündnis 90/Die Grünen:** Unser Ziel ist eine ökologische und waldfreundliche Jagd, welche die Aspekte des Tierwohls verstärkt berücksichtigt. Dies beinhaltet eine Anpassung der Jagd an die ökologische Tragfähigkeit der bereits geschädigten Wälder und regelmäßige Vegetations- und Populationsgutachten für alle Reviere.


 **CDU:** Um die durch Wild entstehenden Schäden in Land- und Forstwirtschaft zu minimieren und die Artenvielfalt und den Erhalt unserer Wälder durch Naturverjüngung zu sichern, muss der Wildbestand dem regionalen Ökosystem angepasst werden. Dies geht nur gemeinsam mit allen Akteuren.


 **Die Linke:** Wir wollen einen lebendigen Wald mit Wildtieren, der auch für kommende Generationen erhalten bleibt und lehnen folglich die Verlängerung von Jagdzeiten wie beispielsweise bei Rehwild diskutiert, ab. Wir setzen auf die Verantwortung der Jäger*innenschaft, sind jedoch auch bereit einzugreifen, wenn dies bei einzelnen Tierarten notwendig sein sollte. Invasive Arten wie Waschbär oder Nutria müssen mit Blick auf schon heimische


Wildtierarten und Vögel im Bestand kontrolliert werden.


 **Die PARTEI:** siehe 14

 **Klimaliste:** Da die Regulierung des Schalenwildbestandes essentiell für die Aufforstung und Gesunderhaltung von Wäldern ist, wollen wir Jäger in ihren Aufgaben unterstützen, den Wildbestand einzudämmen.

 **ÖDP:** Wir sehen in der Jagd eine derzeit noch erforderliche Funktion zur Regulierung und zum Ausgleich von Tierbeständen in der freien Landschaft. Bei der Jagdausübung ist der Grundsatz „Wald vor Wild“ anzuwenden. Die ÖDP ist darüber hinaus für ein Verbot tierquälerischer Jagdmethoden. Wir wenden uns dagegen, dass Wölfe generell im Land gejagt werden dürfen.

 **Piratenpartei:** Für uns sind Jäger verantwortlich für Tier und Natur. Natürlich sind Populationen zu beachten und ihr eventueller Schaden einzudämmen. Dies gilt aber nicht, wenn ein paar Wölfe ins Land kommen. Diese zu erlegen sehen wir als völlig falsch an.

 **SPD:** Wir wollen angepasste (Schalen-)Wildbestände als Voraussetzung für gesunde und artenreiche Wälder erreichen. Auf den vom Borkenkäferbefall betroffenen Flächen profitieren Naturverjüngung und ergänzende Pflanzungen von einer Jagd, die ihrer Verantwortung für das Ökosystem Wald gerecht wird.


 **Volt:** Auf rheinland-pfälzischer bzw. deutscher Ebene haben wir hierzu noch keinen Standpunkt herausgearbeitet, halten jedoch die auf EU-Ebene beschlossenen Punkte, wie strenge Maßnahmen gegen die Wilderei oder die Regulierung der Jagd als Sportpraxis für sinnvoll.

NABU-FAZIT: Der NABU unterscheidet zwischen Jagd, als nachhaltige Form der Nutzung, und Wildmanagement zur Vermeidung von Umweltschäden durch zu hohe Wildbestände. In Waldflächen mit natürlicher Entwicklung sollte weder Jagd noch Management stattfinden. Zur nachhaltigen Nutzung von Holz als natürlichem Rohstoff, ist das Management von Wild allerdings nötig. Vegetations- und Populationsgutachten können helfen, das Management gezielt und sinnvoll auszugestalten.

Wahlprüfstein V: Klimaschutz und Energiegewinnung

Die Klimakrise ist weltweit spürbar. Sie beeinträchtigt die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen und bedroht 20 bis 30 Prozent der auf der Erde vorkommenden Arten. Einerseits sind zwingend Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel notwendig, andererseits müssen noch schlimmere Auswirkungen der Klimakrise vermieden werden. Deutschland steht auf Platz 6 der weltweit größten CO₂-Emittenten, daher kommt uns eine besondere Verantwortung zu, einen entsprechenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten – national wie international.

19. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei für das Land Rheinland-Pfalz?

 **Bündnis 90/Die Grünen:** Wir wollen bei allen Entscheidungen den Klimaschutz voranstellen. Unser Ziel ist, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten. Auf dieser Grundlage streben wir eine sozial

gerechte und klimaneutrale Gesellschaft bis 2035 an. Dafür wollen wir das Landes Klimaschutzgesetz anpassen und den Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe

der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit Kommunen in die Zukunft investieren können.



menschengemachten CO₂-Ausstoß auf Null zu verringern. Das Thema innerdeutscher und innereuropäischer Flugverkehr bleibt auf der Agenda. In jedem Fall befürworten wir kleinräumiges Denken in globaler Einsicht: Das klimaneutrale Dorf ist allemal besser als hehre Ziele internationaler Tagungen, die schlicht missachtet werden.



Die PARTEI Rheinland-Pfalz **Die Partei:** 19 bis 26
Wir wollen uns dem Trend hin zu mehr Klima anschließen. Statt leerer Worthülsen fordern wir konkret mindestens ein Klimaschutz mehr als die Grünen. Auch das 1,5°C-Ziel ist uns nicht genug. Wenn wir so weiter machen wie bisher, schaffen wir easy 15°C. Durch die Umwandlung von Straßen in hochwertige Habitats (s. III) oder die Einführung des Rohrpostprinzips für Ware und Mensch speziell in Städten sehen wir ein gigantisches Potential, CO₂ einzusparen. Die Partei fordert zur Erreichung der Klimaziele eine Moorquote von 10 % in Neubaugebieten.

Der Ausbau der Windkraft im Pfälzerwald ist gescheitert, wir wollen diesen Kampf nicht neu entfachen. Da der Erhalt des Landschaftsbildes eines der vorrangigen Argumente gegen Windräder war, schlagen wir vor, die Grenzen des Biosphärenreservats mit ebendiesen zu markieren, damit mensch genau weiß, wo X sich befindet.



Klimaliste Rheinland-Pfalz **Klimaliste:** Wir wollen als Land Rheinland-Pfalz die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen. Das bedeutet, dass wir nur noch etwa 170 Mt CO₂ ausstoßen dürfen, um die

1,5-Grad-Grenze mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % einhalten zu können. Diese Menge an CO₂ haben wir in 5 Jahren erreicht, wenn sich nichts ändert. Deshalb haben wir einen detaillierten Klimaplan erarbeitet, um dieses Ziel einzuhalten.



ÖDP: Rheinland-Pfalz muss bis 2030 klimaneutral werden, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Übereinkommens ist einzuhalten um die Klimakatastrophe abzuwenden. Diese Zielsetzungen sind aus Sicht der ÖDP sehr ambitioniert, sie müssen von daher zielstrebig verfolgt werden.



PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz **Piratenpartei:** Wir stehen zu den Pariser Klimazielen.



SPD: Wir nehmen uns in der Klimapolitik ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und wollen vollständige Klimaneutralität bis 2040. Wir wollen eine Energiewende, die für alle finanzierbar ist mit dem Dreiklang „Energieeinsparung – Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“.



Volt: Wir streben die Klimaneutralität bis 2035 an.

NABU-FAZIT: Die Ziele des Pariser Klimaabkommens müssen eingehalten und ambitioniert verfolgt werden. Hierfür sind auch in Rheinland-Pfalz umfassende Maßnahmen in verschiedenen Sektoren nötig. Dabei sollte, viel mehr als bislang, der Fokus auch auf Einsparpotenziale gerichtet werden.



CDU: Wir unterstützen die durch das Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarten Klimaziele 2030 und 2050 für alle Sektoren. Dies beinhaltet unter anderem die (angeglichenen) Klimaziele der EU und selbstverständlich auch jene der Bundesregierung. Gleichzeitig setzen wir darauf nicht nur Zahlen in den Raum zu werfen (z. B. Klimaneutralität bis 2040), sondern konkrete Maßnahmen



Die Linke: Die Ausrufung des Klimanotstandes wäre ein wichtiger Schritt, um deutlich zu machen, dass ambitionierte Klimaziele überlebensnotwendig sind. Dazu gehört, schnellstmöglich den

20. Welche CO₂-Einsparpotenziale sehen Sie im Land?



Bündnis 90/Die Grünen: Wir werden ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen.



CDU: Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Anreiz (z. B. den Zertifikate Handel), der zuerst dort Einsparungen durchführt, wo diese am schnellsten und günstigsten möglich sind. Es gilt: alle Bereiche (Strom, Wärme, Verkehr, Landwirtschaft) müssen sich bemühen. Grundsätzlich stehen wir auch dafür, dass das Land seine Vorbildrolle bewusst besser ausfüllt.



Die Linke: Rheinland-Pfalz ist Pendler*innen-Land, der Individualverkehr ein großer CO₂-Verursacher.

Auch im Wohnungsbestand und bei Gewerbe- und Industriebauten besteht großes Potential. Und schließlich: Das Gesamtbild wird nicht besser, wenn wir CO₂-intensive Produktionen ins Ausland verlagern.



Die PARTEI Rheinland-Pfalz **Die Partei:** siehe 19



Klimaliste Rheinland-Pfalz **Klimaliste:** Die größten Hebel sind eine 100 % klimaneutrale Strom- & Wärmeversorgung, die Verkehrswende, eine klimaneutrale Industrie, sowie klimaneutrales Bauen bzw. Sanieren von Gebäuden.



ÖDP: Um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten und das Land bis 2030 klimaneutral zu machen, muss in kurzer Zeit die gesamte Energieversorgung von fossilen Energie-

trägern auf nachhaltige Energiequellen umgestellt werden. Beim Bau öffentlicher Gebäude sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energieeffizienz zu nutzen. Die Förderung von Energiesparen und Energieeffizienz muss durch Modellprojekte vorangetrieben werden. Niedrigenergiehäuser sind hierfür konkrete Beispiele, die wir fördern wollen.



PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz **Piratenpartei:** Einsparpotenziale gibt es überall, besonders in Verkehr, ebenso in der Wirtschaft und der Wohnraumelektrizität und Heizung bis hin zu Lebensmitteln und Konsumprodukten. Es gibt so gut wie keine Bereiche im täglichen Leben bei denen wir keine Einsparpotenziale haben.

SPD Rheinland-Pfalz
 SPD: Unser Ziel: bis 2040 ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz erreichen, durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Einen wichtigen Beitrag leistet die „Waldklimaprämie“, die intakte Wälder als CO₂-Senke stärkt.

Volt
 Volt: Einsparpotenzial sehen wir in der Reduzierung des Individualverkehrs und in der Abkehr von fossilen Treibstoffen. Außerdem wollen wir einen Ausbau von erneuerbaren Energien.

NABU-FAZIT: Ohne engagierte Einsparziele, Förderprogramme und Beratungsangebote werden die

Klimaschutzziele kaum erreichbar sein. Dabei sind die Einsparpotenziale sehr vielseitig und sollten möglichst flächig genutzt werden. Ein Treibhausgasbudget kann dabei helfen, den Ausstoß transparent zu machen und an den effizientesten Stellen zu reduzieren. Zertifikate sind nur dann sinnvoll, wenn die Preise entsprechend gestaltet werden.

21. Wie will Ihre Partei diese künftig besser nutzen?

Bündnis 90/Die Grünen
 Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar erzeugen und die Mobilitätswende konsequent umsetzen. Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische Landwirtschaft werden wir weiter stärken, um CO₂ einzusparen.

CDU Rheinland-Pfalz
 CDU: Wir wollen existierende Flächen viel besser nutzen. Parkplätze, große Firmengebäude oder kommunale Verwaltungen eignen sich exzellent für die Nutzung der Solarenergie. Gleiches gilt für die Windenergie. Der Landesentwicklungsplan muss schnellstmöglich überarbeitet werden, damit das große Potenzial an Repowering in Rheinland-Pfalz genutzt werden kann.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
 Die Linke: Wir tragen alle gemeinsam einen erheblichen Teil der Kosten, die der Klimawandel an volkswirtschaftlichem Schaden verursacht. Wir wollen lieber Geld dafür ausgeben, den CO₂-Ausstoß zu verringern – anstatt die Folgen zu bekämpfen. Fangen wir beim kostenlosen Personen-Nahverkehr an.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz
 Die Partei: siehe 19

Klimaliste Rheinland-Pfalz
 Klimaliste: Durch die Umsetzung der Maßnahmen in unserem Klimaplan für Rheinland-Pfalz können der gesamte Energie-, Verkehrs-, Industrie- und Gebäudesektor klimaneutral gestaltet werden.

ödp
 ÖDP: Wenn es uns nicht gelingt, den nachhaltig produzierten Strom zu speichern und den Energieverbrauch insgesamt zu reduzieren, wird die Energiewende scheitern. Wir brauchen also vor allem Investitionen in diesem Bereich.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz
 Piratenpartei: Auch hier muss dringend eine wesentlich größere Aufklärungsarbeit geleistet werden um die Gesellschaft nicht in Klimaschutz-Befürworter und -Gegner zu teilen. Gleichzeitig muss die Politik Alternativen anbieten, wie einen kostenfreien ÖPNV, verpflichtende Vorgaben für PV-Dächer und Wärmepumpen. Die Windkraft sollte nicht aus vereinzelt Windrädern bestehen, sondern auf größeren Windparks an windhöffigen Stellen konzentriert werden. Hierbei ist auf eine Gewinnverteilung nicht nur an die Kommunen auf den denen die Windparks stehen zu achten. Gleichzeitig sind Anreize durch Energie in Bürgerhand zu schaffen. Bei

Lebensmittel und Konsum-Produkten brauchen wir eine nachvollziehbare Kennzeichnung mit noch mehr Aufklärung.

SPD Rheinland-Pfalz
 SPD: Zur Erreichung der Energiewende und unserer CO₂-Ziele setzen wir auf Erneuerbare Energien. Konkret vorantreiben werden wir u. a. Photovoltaik, Solarthermie, Windkraft, moderne Speichertechnologien, grünen Wasserstoff und Kraft-Wärme-Kopplung.

Volt
 Volt: Wir wollen die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen und eine landesweite Studie zur Feststellung von Raumpotential für den Ausbau von erneuerbaren Energien erstellen lassen.

NABU-FAZIT: Das Land Rheinland-Pfalz hat ein sehr umfassendes Klimaschutzkonzept mit vielen guten Einsparungsmodellen. Allerdings finden diese Maßnahmen kaum einen Weg in die Öffentlichkeit. Energieeinsparung wird zu oft als unbeliebtes Thema abgestempelt. Wer Klimaschutz machen will, kommt an diesen Fragen aber nicht vorbei. Vorhandene Konzepte müssen viel mehr als bislang in die Umsetzung gebracht werden.

22. Wie möchte Ihre Partei CO₂-Senken künftig besser fördern?

Bündnis 90/Die Grünen
 Bündnis 90/Die Grünen: Die natürlichen Senken, wie die Kohlenstoffaufnahme durch Wälder und Böden, wollen wir durch Änderungen in der Landnutzung stärken.

CDU Rheinland-Pfalz
 CDU: Die wichtigsten CO₂ Senken sind unsere Böden und Wälder. Die Landwirtschaft ist bereit, viel in neue Pflanzensorten, die CO₂ binden und in Maßnahmen zur Bodenverbesserung zu investieren. Das Land muss die hierzu bereitstehenden EU-Fördermittel umfassender und schneller abrufen.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
 Die Linke: Wir müssen bestehende CO₂-Senken vor allem erhalten – bei uns ist das der Wald. Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft sind die maßgeblichen CO₂-Quellen – deren Ausstoß muss radikal sinken.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz
 Die Partei: siehe 19


Klimaliste Rheinland-Pfalz
 Klimaliste: Besonders große Potenziale zur langfristigen Speicherung von CO₂ liegen dabei im Aufbau von Humus in Böden und in der Aufforstung. Deshalb wollen wir die Pflanzung von jeglichen Bäumen mit 2 € pro

Baum, und den Humusaufbau in Acker-, Obst-, und Weinbau mit 195 € pro Tonne langfristig gespeichertem CO₂ vergüten.


ödp
 ÖDP: Als mögliche Senken sind für Rheinland-Pfalz insbesondere die CO₂-Speicherung in Pflanzenmasse sowie die CO₂-Speicherung durch verstärkten Humusaufbau in landwirtschaftlichen Böden anzusehen. Mit der Förderung naturnaher Land- und Waldwirtschaft werden gleichzeitig diese CO₂-Senken gestützt.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz
 Piratenpartei: Es sollte ein großer Teil

der CO₂-Abgaben wieder zu gleichen Teilen regelmäßig (Quartal) an jeden Bürger als Geld zurück fließen. Dies würde diejenigen direkt belohnen, die wenig CO₂ verbrauchen und andere zum Sparen anregen. Somit finanzielle Anreize für Jedermann schaffen, statt durch hohe Abgaben Klimagegner zu stärken.

 **SPD:** Eine wichtige CO₂-Senke sehen wir in den Wäldern in

Rheinland-Pfalz. Daher wollen wir mit der „Waldklimaprämie“ einen Anreiz schaffen, diese Funktion der Wälder auszubauen.


 **Volt:** Moore sind ausgezeichnete CO₂-Speicher, weswegen wir uns für deren Renaturierung einsetzen wollen. Zudem wollen wir Wälder mit Förderung von klimaresistenten und heimischen Bäumen unterstützen.

NABU-FAZIT: In Rheinland-Pfalz sind vor allem der Wald sowie landwirtschaftliche Flächen, hier insbesondere artenreiches Grünland, wirkungsvolle CO₂-Senken. Um diese Funktion zu stärken, müssen Bewirtschaftungsformen angepasst & Forschungsvorhaben, beispielsweise zum Humusaufbau in landwirtschaftlich genutzten Böden, vorangebracht werden. Moore sind in RLP nur wenige vorhanden, dennoch sollten die bisherigen Bemühungen im Moorschutz weiterverfolgt werden.


23. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei im Verkehrssektor?


 **Bündnis 90/Die Grünen:** Zu unserem Ziel, bis 2035 klimaneutral zu werden, gehört selbstverständlich auch die Mobilität. In diesem Sektor besteht eine der größten Herausforderung angesichts der Tatsache, dass nahezu ein Viertel der CO₂-Emissionen durch ihn verursacht wird. Für die Mobilitätswende setzen wir auf emissionsfreie, gute Nahverkehrsangebote und Anbindungen vor Ort, auch und gerade im ländlichen Raum, eine funktionierende Vernetzung der Angebote, günstige Tickets aus einer Hand. Wir wollen das Tempo beim Um-, Aus- und Neubau von Radwegen mindestens verdoppeln. Die Elektromobilität wollen wir mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur und Anreizen deutlich voranbringen.


 **CDU:** s. Frage 19.

 **Die Linke:** Mit dem Nahverkehr zum Nulltarif wollen wir den motorisierten Individualverkehr unattraktiver machen und begrenzen. Nur wenn Verkehrsträger besser miteinander verzahnt werden, sehen wir diesen als echte Alternative. Wir wollen den Ausbau der Schiene und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken statt dem weiteren Ausbau von Straßen.

 **Die PARTEI:** siehe 19


 **Klimaliste:** Schlüssel zu einem klimaneutralen Verkehrssektor ist eine starke Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und eine Umstellung von sowohl Personen- als auch Gütertransport auf erneuerbare Energien.

 **ÖDP:** Der ÖPNV im Land muss für alle zu einer interessanten Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden. Die barrierefreie Vernetzung verschiedener Verkehrsträger muss realisiert werden. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Güter- und Personenverkehr ist zu prüfen. Weitere Punkte: Fahrradgerechte Planung und Förderung der Elektromobilität in Städten, Wasserstoffantrieb, Elektro-Carsharing.

 **Piratenpartei:** Einen kostenlosen ÖPNV, autoarme Innenstädte, Ausbau des Schienennetzes und Güter von der Straße auf die Schiene. Gerade das Rheintal muss durch eine Alternativstrecke entlastet werden. Eventuell an der ICE-Strecke, oder untertunnelt. Der Rhein und später auch die Mosel sollen mit einem Güter-Linienverkehr ausgestattet werden. Hierbei ist auf schadstoffarme und leise


Schiffsmotoren zu achten.

 **SPD:** Wir werden Mobilität neu denken: Radverkehr, ÖPNV, SPNV und Elektromobilität gezielt ausbauen und fördern. Dies wollen wir mit den Kommunen umsetzen, die wir bei der Erfüllung dieser zentralen Aufgaben finanziell unterstützen. Dafür brauchen wir auch hohe Investitionen in unser Straßennetz.

 **Volt:** Durch die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, des Fuß- und Radverkehrs sowie die Reduzierung des Individualverkehrs wollen wir im Verkehrssektor einen positiven Wandel im Sinne des Klimaschutzes voranbringen. Dabei können moderne Regulierungen von Mobilitätskonzepten durch eine digitale Verwaltung unterstützen.


NABU-FAZIT: Reduktion des Individualverkehrs, mehr Elektromobilität und kostenloser ÖPNV sind wichtige Maßnahmen im Verkehrssektor. Nach einem Jahr, in dem aufgrund der Pandemielage sehr viele Menschen von zu Hause gearbeitet haben, sollten auch neue Ansätze durchdacht werden. Die Nutzung von Homeoffice beispielsweise, kann den Individualverkehr deutlich reduzieren.

24. Welche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien verfolgt Ihre Partei und welche Flächen sind hierfür nötig?

 **Bündnis 90/Die Grünen:** Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen, wollen wir bis 2030 die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie mindestens verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung mindestens verdreifachen. Wir wollen das Landesentwicklungsprogramm im Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz überarbeiten, um den notwendigen Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von

Autobahnen und Bahntrassen.

 **CDU:** Technische Fortschritte haben z. B. die Wirksamkeit neuer Windräder in den letzten Jahren massiv erhöht. Stand heute ist es nur schwer zu berechnen, wie viele Windräder für das Ziel 2030 notwendig sein werden. Eher müssen wir einen Ausbaukorridor mit verpflichtenden Meilensteinen und Zwischenzielen definieren, der dann eingehalten werden muss. Eine solche Berechnung ist Aufgabe der Landesverwaltung.

 **Die Linke:** Wir wollen schnellstmöglich CO₂-neutral werden, dafür werden wir Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasse-Strom brauchen. Wir wollen ehemalige Militär- und Industrie-flächen entsprechend umnutzen.

 **Die PARTEI:** siehe 19

 **Klimaliste:** Bis 2030 soll 100 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Leistung von Photovoltaik und Windkraft

muss sich in den nächsten zehn Jahren mehr als vervierfachen. Ein Schlüssel zum Minimieren des Flächenverbrauchs ist kombinierte Nutzung. Biodiversität und Naturverträglichkeit werden in die Ausbaupläne integriert.

ödp ÖDP: Insbesondere bei der Photovoltaik zeichnet sich ein enormer technischer Fortschritt ab, der zu geringem zusätzlichen Flächenverbrauch führt. Die Landesregierung muss die vorhandenen Landesförderprogramme bei allen Sektoren der Energieversorgung sowie bei sämtlichen Effizienztechnologien weiterentwickeln und forcieren.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: siehe 21

SPD SPD: Für die stärkere Nutzung von Sonnenenergie und Windkraft setzen wir auf Repowering beim Ausbau. Die Erschließung von Sonderbauflächen beidseits der Auto- und Eisenbahntrassen kann eine gute Option sein.

Volt Volt: Wir wollen eine landesweite Studie zur Feststellung von Raumpotential für den natur- und sozialverträglichen Ausbau von erneuerbaren Energien erstellen lassen. Dieses Raumpotential soll kon-

sequent genutzt werden, um mindestens 100 % des Stromverbrauchs in RLP abzudecken.

NABU-FAZIT: Die Energiewende ist wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Eine nahezu 100 %ige Deckung des Strombedarfs mit erneuerbaren Energien ist zur Erreichung der Klimaziele nötig. Der hohe Flächenbedarf für erneuerbare Energien führt – insbesondere im Falle der Windenergie und Freiflächenfotovoltaik – auch zu Zielkonflikten mit dem Artenschutz, weshalb es einer übergeordneten Bedarfs- und Flächenplanung bedarf, die Klimaschutz und Artenschutz gleichermaßen berücksichtigt.

25. Welche Planungsebene ist Ihrer Meinung nach die geeignete, um diese Ziele umzusetzen?

Bündnis 90/Die Grünen: Eine Lösung könnte sein, die Struktur- und Genehmigungsbehörden zu stärken, sodass sie mehr Kompetenzen bündeln und insbesondere die Kreisverwaltungen besser unterstützen können.

CDU CDU: Natürlich braucht es dazu eine Zusammenarbeit aller Ebenen. Wir erachten die Landesebene vor allem als Vermittler der Bundesebene, auf der viele Dinge entschieden werden, zur kommunalen Ebene, auf der diese dann umgesetzt werden müssen. Vielfach scheitern die guten Initiativen vor Ort nämlich an der schlechten (und verfassungswidrigen) finanziellen Ausstattung unserer Kommunen.

DIE LINKE. Die Linke: Die Landesregierung muss über die Landesentwicklungspläne die Voraussetzungen schaffen, lokal und regional sind die Planungsgemeinschaften ein sinnvoller Ansatz. Allerdings müssen dort die Verbände, Organisationen und Initiativen gestärkt werden, die Natur-

schutz und soziale Interessen vertreten.

Die PARTEI Die Partei: siehe 19

Klimaliste Klimaliste: Die Landesebene soll die notwendigen Rahmenbedingungen für die Kommunen schaffen. Die Umsetzung wird zum Großteil auf kommunaler Ebene stattfinden, wo die lokalen Kenntnisse Bürgerbeteiligung ermöglichen.

ödp ÖDP: Um einen planvollen und naturverträglichen Ausbau der Nutzung regenerativer Energieformen zu erzielen und Wildwuchs zu vermeiden, halten wir die Ebene der Regionalplanung für am geeignetsten.

PIRATENPARTEI Piratenpartei: Der Umweltschutz und die Klimaziele sind nur durch ein Miteinander von Bund- Land und Kommunen zu erreichen. Hierbei NUR auf eine Planungsebene zu setzen würde die Akzeptanz für Lösungen

verringern.

SPD SPD: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich alle politischen und planerischen Ebenen gleichermaßen daran beteiligen, Bund, Länder und Kommunen.

Volt Volt: Die Landes- und kommunalen Instanzen sind die umzusetzenden Instanzen. Diese überblicken die lokalen Bedingungen und sind die Verbindung zu den Bürgern.

NABU-FAZIT: Um eine Vereinbarkeit mit den Zielen des Arten-, Natur-, und Landschaftsschutzes zu erreichen, ist die Planung auf Ebene der Regionalen Planungsgemeinschaften zwingend erforderlich. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Verlagerung der Planung auf die kommunale Ebene nicht nur auf Kosten des Naturschutzes geht, sondern auch die Akzeptanz der Windenergie massiv beeinflusst und zu massiven Konflikten innerhalb vieler Gemeinden geführt hat.

26. Wie sollen die Ausbauziele mit dem Artenschutz in Einklang gebracht werden?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen die Genehmigungsverfahren landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können.

CDU CDU: Die Folgen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf die Natur und Umwelt sind im Rahmen von Genehmigungsverfahren gründlich zu prüfen. Zusätzlich müssen durch Forschungskooperationen neue Schutzkonzepte für Arten und Lebensräume

entwickelt werden.

DIE LINKE. Die Linke: Wir wollen vor allem Flächen nutzen, die schon heute mit dem Artenschutz nicht in Einklang zu bringen sind. Klimaschutz ist Artenschutz: Konkurrierende Ziele müssen in allen Aspekten gegeneinander abgewogen werden, der Klimaschutz muss im Zweifel den Vorrang haben.

Die PARTEI Die Partei: siehe 19

Klimaliste Klimaliste: Konzepte für Naturschutz und Umwelt-

schutz sollen integriert in die Ausbaupläne mitgeplant werden. Um die Flächennutzung zu kompensieren sollen weitere Naturschutzgebiete planerisch festgelegt werden.

ödp ÖDP: Der Ausbau muss möglichst naturverträglich vorgenommen werden, für den Naturschutz wichtige Flächen sollen ausgespart werden. Die Wirkung auf das Landschaftsbild ist zu beachten. Der Natur- und Artenschutz darf nicht automatisch hinter Energie- und Klimazielen zurückstehen.

PIRATENPARTEI Piratenpartei: Sollten

zum Beispiel Windkraftanlagen an extrem windhöffigen Orten, die für die Energiegewinnung der Zukunft unerlässlich sind, mit dem Artenschutz kollidieren, so sind Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen und gegebenenfalls Arten umzusiedeln. Sollten wir die Energiewende und die Klimaziele nicht schaffen, so sind sehr viele Lebewesen in Gefahr auszusterben.

SPD Rheinland-Pfalz
SPD: Artenschutz und der Erhalt der Biodiversität sind wichtige Ziele. Ausbau der Erneuerbaren Energien

und Artenschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen beide Ziele vereinbaren und gute Lösungen finden.

Volt Volt: Generell dürfen Artenschutz und Klimaschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide bilden eine Einheit, denn Klimaschutz leistet auch einen Beitrag zum Artenschutz. Dennoch sollte natürlich der Klimaschutz nicht noch zusätzlich negative Auswirkungen auf den Artenschutz haben. Daher ist eine landesweite Studie zur Feststellung von Raumpo-

tential für den natur- und sozialverträglichen Ausbau von erneuerbaren Energien wichtig.

NABU-FAZIT: Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei globale Krisen, die gleichwertig behandelt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Artenschutz auch im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen gleichwertig zu berücksichtigen. Hierfür sind einheitliche Fachstandards zu entwickeln und umzusetzen, zudem müssen Behörden personell in die Lage versetzt werden, Planungsvorhaben effizient zu begleiten und hohe Qualitätsstandards zu sichern.

Wahlprüfstein VI: Gewässerschutz

Obwohl sich die Qualität des Wassers seit Jahren verbessert hat, sind viele unserer Bäche und Flüsse in einem schlechten Zustand. Noch immer sind zu viele Bäche zu Kanälen ausgebaut, deren einzige Aufgabe es ist, den Abfluss des Regenwassers sicherzustellen. Statt über Stock und Stein fließt das Wasser hier in Rinnen und Kanälen. Steile Ufer und künstliche Betonbauwerke verhindern, dass Lebewesen wandern und sich so ausbreiten können. Sauberes Wasser alleine reicht also nicht aus – es kommt auch darauf an, wie und wo das Wasser fließt. Es fehlen natürliche Bachbettstrukturen, Materialien wie Kies und Totholz und eine standortgerechte, natürliche Ufervegetation. Der Klimawandel führt zu regional unterschiedlichen Veränderungen der Niederschläge in Menge und Zeitraum. Die letzten 'Dürrejahre' haben die Konkurrenz verschiedenster Nutzer (Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Haushalte) auf das elementare Gut Wasser deutlich gemacht. Regenrückhalt in der Fläche und Grundwasserschutz und -anreicherung gewinnen an Bedeutung.



Foto: www.pixabay.com

27. Wie will Ihre Partei die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (auch mit Blick auf den Schutz des Grundwassers) gewährleisten?

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter beim Gewässerschutz. Damit das so bleibt, werden wir die Aktion Blau Plus weiter ausbauen, Renaturierungen von Gewässern vorantreiben und den Schutz von Auen und Gewässerrändern stärken.

CDU Rheinland-Pfalz
 CDU: Auch hier ist ein wirksames Mittel Grundwasser zu schonen, die Förderung von Beregnungsverbänden. Die Verbände, wie der Beregnungsverband Vorderpfalz, entnehmen kein Grundwasser, sondern nutzen Uferfiltrate des Rheins zur Bewässerung.

Die Linke Rheinland-Pfalz
 Die Linke: Wir verzeichnen ständig steigende Kosten der Trinkwasser- und Schmutzwasseraufbereitung. Beides hat damit zu tun, dass der Eintrag von Schadstoffen aus Industrie, Haushalten und Landwirtschaft nach wie vor viel zu hoch ist. Das wollen wir ändern.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz
 Die Partei: 27 und 28 Die Partei will Kläranlagen aufrüsten, um Pharmazeutika und

andere wertvolle Substanzen (Kontrazeptiva, Kokain...) zu recyceln. Verstöße gegen vorgeschriebene Abstände zu Gewässern bei Pestizidausbringung sollen konsequent geahndet werden; z. B. durch die Wiedereinführung des Prangers für uneinsichtige LandwirtX. Grundwasser ist v. a. durch Nitrateintrag bedroht. Neben synthetischen Düngern liegt die Ursache in der Gülle aus der Tierindustrie. Hier müssen die Nutztierbestände runter und mehr Gemüse auf den Teller. Da der von den Grünen geplante Veggie-Day heftige Gegenreaktionen provozierte, wollen wir Uneinsichtige mit einem Meat-Day dazu bewegen, aus Protest gegen den Zwang lieber einen veganen Krautsalat von zuhause in die Kantine mitzubringen. Zuletzt müssen verbaute Fließgewässer in einen naturnahen Zustand rückgeführt werden, es wird analog zum Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) ein Gewässerrenaturierungsfreiwilligendienst eingeführt (Grufdi). Auch Biber können hier zum Einsatz kommen.

Erwartungsgemäß werden wir bei der Wahl unser bestes Ergebnis seit Kriegsende einfahren, wir rechnen mit 100 %+X. Die dadurch verursachten Tränen bei altbekannten Polit-

darstellern werden gesammelt und entsalzt, womit wir problemlos den Wasserbedarf der nächsten vier Jahre decken.

Klimaliste Rheinland-Pfalz
 Klimaliste: Durch eine Reduktion von Pestiziden, sowie durch die Förderung von intelligenten Pflanzenschutzgeräten wollen wir schädlichen Abdrift in Oberflächengewässer reduzieren.

Besseres Düngemanagement und humusreichere Böden sollen den übermäßigen Nährstoffeintrag in Gewässer ebenfalls reduzieren.

ödp ÖDP: Die ÖDP setzt sich für einen umfassenden Gewässerschutz und für den Schutz des Grundwassers ein, der ökologische Zustand der Gewässer steht im Vordergrund. Der Rückbau ausgebauter Gewässer und ihre Renaturierung müssen vorangetrieben werden. Natürliche Retentionsflächen sind zu schaffen. Dem Eintrag von Mikroschadstoffen muss entgegengewirkt werden. Beim Grundwasserschutz steht für uns die Reduzierung von Einträgen aus Weinbau und Landwirtschaft im Zentrum.



Piratenpartei: Die Richtlinie schafft

einen Ordnungsrahmen für den Schutz der Binnenoberflächengewässer, der Übergangsgewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers, diese Einhaltung ist nur durch Gesetze zu gewährleisten.



SPD: Wir werden zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Förderprogramme wie die Aktion „Blau Plus“ und das Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“ beibehalten und ausbauen.

Die detaillierte Ausweisung von besonders durch Nitrat betroffener Gebiete und die Reduzierung der Düngung hilft, passgenaue Lösungen zu finden und unser Trinkwasser zu schützen.



Volt: Volt setzt sich für eine ambitionierte Renaturierung von Fluss-, Auen- und Moorlandschaften ein. Gewässerrandstreifen können den Eintrag von Nitrat und Pestiziden in die Gewässer verringern und sollten weitläufig vorhanden sein. Zudem muss die Landbewirtschaftung

ökologisiert werden, um den Eintrag von Nitrat (durch Kunstdünger oder Gülle) und von Pestiziden in Oberflächengewässer und in das Trinkwasser zu reduzieren.

NABU-FAZIT: Der Gewässerschutz erfordert eine ambitionierte Umsetzungsstrategie und wirksame Förderinstrumente, um Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern und insbesondere in den Auen voranzubringen. In Regionen mit hohen Nitratbelastungen scheint einzig eine strikte Nutzung des Ordnungsrechtes wirkungsvoll zu sein.

28. Wie will Ihre Partei die dringende Notwendigkeit eines intelligenten Wassermanagements erreichen?



Bündnis 90/Die Grünen: Mit einem „Zukunftsplan für unser Wasser in Rheinland-Pfalz“ wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten ein neues Fundament für das Wassermanagement mit klarer Priorisierung von Nutzungsansprüchen einführen.

Städten Entseelung und Speichermöglichkeiten im Untergrund, sowie eine stärkere Begrünung notwendig.

Die Renaturierung und Wiederherstellung von naturnahen Gewässerstrukturen soll finanziell gefördert werden, da sie den Wasserabfluss verlangsamen und die Biodiversität erhöhen.

Gewässerschutz und Hochwasserschutz als Gemeinschaftsaufgabe sowie die zuverlässige Versorgung mit Wasser und Abwassermanagement. Das bestehende Hochwasserschutzkonzept werden wir stetig weiterentwickeln. Den ökologischen Zustand unserer Flüsse, Seen und Bäche wollen wir deutlich verbessern. Die Einnahmen aus dem Wassercent sollen auch weiterhin die Kommunen finanziell unterstützen. Wasserversorgung als kommunale Aufgabe gehört in staatliche Hand, eine Privatisierung lehnen wir ab.



CDU: Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

ist weiter konsequent umzusetzen. Die Renaturierung von Bächen und Flüssen und die Schaffung schützender Gewässerrandstreifen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Umweltschutzpolitik.



ÖDP: Intelligentes Wassermanagement bedeutet, das Spannungsverhältnis zwischen Niederschlägen, Grundwasserständen und Wasserbedarf auszutarieren, damit eine Vergleichmäßigung gelingt und das zeitliche Überangebot ein späteres zeitliches Unterangebot ausgleichen kann. Es sind Retentionsräume und Speichermöglichkeiten erforderlich, außerdem ist zu prüfen, ob in größerem Umfang als bisher Flusswasser genutzt werden kann.

Volt: Zum einen soll Forschung in dieser Richtung unterstützt werden, v. a. bezüglich der Nutzung von gereinigtem Abwasser oder Abwasseraufbereitung für die Nährstoffrückgewinnung. Außerdem soll Wasser aus Starkregenereignissen aufgefangen, genutzt oder dem Grundwasser zugeführt werden.



Die Linke: Derzeit ist Wassersparen kein wirtschaftlich sinnvolles Ziel der Wasserversorgung. Obwohl öffentlich-rechtlich strukturiert hat auch hier das ökonomische Kostendenken jahrzehntelang die Regeln bestimmt. Intelligentes Wassermanagement ist deswegen auf allen Ebenen notwendig: Wir brauchen wirtschaftliche Anreize zum Wassersparen und nicht überall, wo heute Trinkwasser verbraucht wird, muss dies so bleiben.



Piratenpartei: Die Piratenpartei steht für Informationstechnologien auch beim Wassermanagement. Bei intelligenten Wasserzählern ist aber darauf zu achten, dass aus den Daten keine Rückschlüsse auf Lebensgewohnheiten der Nutzer zu ziehen sind und diese gespeichert werden.

NABU-FAZIT: Über Jahre hinweg wurden Landschaften gezielt entwässert, um sie besser nutzbar zu machen. Nun müssen Instrumente geschaffen werden, die eine Wiedervernässung solcher Flächen fördern. Die vergangenen trockenen Jahre haben aber darüber hinaus auch gezeigt, wie wichtig ein gutes Wassermanagement ist. Unter Beteiligung verschiedener Akteur*innen sollte eine landesweite Konzeption erarbeitet werden, um die verschiedenen Aspekte der Nutzung und des Wasserschutzes besser zusammenzuführen.



Die Partei: siehe 27



Klimaliste: Die Nutzung von Regen- und Grauwasser, als Gebäude- oder Quartierslösung, soll realisiert werden. Zusätzlich sind in den



SPD: Wir setzen uns für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressource Wasser ein. Dazu gehören

Wahlprüfstein VII: Artenvielfalt und Biodiversitätsstrategie

Biologische Vielfalt bezeichnet neben der Vielzahl der Arten auch die Vielfalt der Lebensräume und die genetischen Besonderheiten innerhalb der Arten. In ihrem Facettenreichtum bildet die biologische Vielfalt die existenzielle Grundlage des menschlichen Lebens. Tiere, Pflanzen, Pilze oder Mikroorganismen sorgen für sauberes Wasser, frische Luft, ein angenehmes Klima und fruchtbaren Boden für gesunde Nahrungsmittel. Aber die biologische Vielfalt ist hochgradig gefährdet, in Deutschland ebenso wie weltweit. Die Roten Listen, also die Verzeichnisse der gefährdeten, verschollen und ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten, Artengesellschaften und Biotoptypen, werden immer länger. Der Grund dafür liegt oftmals in der übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und in der hohen Flächeninanspruchnahme, wodurch Lebensräume beeinträchtigt und zerstört werden. Aber auch der vom Menschen verursachte Klimawandel beeinträchtigt Arten und Lebensräume vor Ort. Das gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen und den Nutzen biologischer Vielfalt für jeden Einzelnen.

29. Wie steht Ihre Partei zu einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie im Land?



Bündnis 90/Die Grünen: Wir werden mit der engagierten Zivilgesellschaft, betroffenen Akteur*innen und Verbänden einen verbindlichen Austausch starten, um die bestehende Biodiversitätsstrategie des Landes weiterzuentwickeln.



CDU: Hierzu gilt es wichtige Treiber (den institutionellen Naturschutz, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Industrie, Forschungseinrichtungen und Naturschutzverbände) einzubinden. Unterstützt und gesteuert wird dieser Prozess durch die neu zu schaffende Position eines Staatssekretärs für Bioökonomie in der Staatskanzlei.



Die Linke: Biodiversität ist eine Querschnittsaufgabe, die viele Bereiche tangiert. Es wird aus unserer Sicht im Hinblick auf den Schwund der Arten Zeit, dass insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Bauen und Verkehr verbindliche Strategien und Konzepte entwickelt werden, die dieses Thema berücksichtigen.



Die PARTEI: 29 bis 32 Der Erhalt der Biodiversität ist wichtig für die Resilienz von Ökosystemen gegenüber Stressoren und gewährleistet, dass wir auch in Zukunft von Ökosystemleistungen profitieren. Verlust der Biodiversität ist einer der Bereiche, der die planetaren Belastungsgrenzen bereits am stärksten überzieht. Grenzen, die nicht überschritten werden sollen, sind am effektivsten mit einer Mauer zu schützen. Trockenmauern stellen wertvolle Biotope für seltene Arten wie Eidechsen, Wildbienen usw. dar. Mit Mauern verwandt sind Zäune, die in Verbindung mit extensiver Schafbeweidung Magerwiesen

erhalten. Baumaterial für Zäune erhalten wir durch Rodung zur Schaffung von Streuobstwiesen und Offenland-Biotopen (z. B. für Kiebitz+Feldlerche).

Der Übernutzung landwirtschaftlicher Grünflächen sowie dem Mahdfetisch in Privatgärten muss Einhalt geboten werden. Da wir generell faul sind (E. Brok zu M. Sonneborn: „Faul, faul, faul, frech und faul“), schätzen wir es als leicht umzusetzende Maßnahme ein, Kommunen und Grundstücksbesitzer zu ermutigen, Grünflächen seltener zu mähen. Schottergärten sind zwar grau wie unsere Anzüge, aber lange nicht so schön und ökologisch katastrophal.

Die Partei fordert die Wiedereinführung von Wolf, Bär, Mammut und Säbelzahn tiger. Diese Arten wurden wie große Teile der Megafauna durch Menschen verdrängt und sollen durch ebendiesen wieder angesiedelt werden. Neben dem Tourismusfaktor hat dies zwei weitere Vorteile: Prädatoren ersetzen Jäger (s. IV) und Großherbivoren übernehmen die Mahd auf öffentlichen Grünflächen. Auch Wolpertinger sollen eingebürgert werden und in Schutzgebieten gemeinsam mit Elwetritschen leben.



Klimaliste: Genauso wie beim Klimaschutz müssen die Ressorts auch für den Erhalt der Biodiversität eng zusammenarbeiten.



ÖDP: Die ÖDP hält eine ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie für notwendig. Das Thema muss in allen Ressorts prominent mit behandelt und zentral koordiniert werden, damit die Biodiversitätsstrategie kein Flickenteppich bleibt.



Piratenpartei: Wie so vieles ist hier eine

Lösung nur ressortübergreifend zu erreichen, ebenso in Zusammenarbeit mit den Verbänden.



SPD: Die Biodiversitätsstrategie der SPD-geführten Landesregierung wurde unter Beteiligung aller Ressorts 2015 ins Leben gerufen. Wir unterstützen ihre Ziele und werden sie vorantreiben.



Volt: Volt freut sich über eine ressortübergreifende Beteiligung zum Ziel der Biodiversität. Volt erkennt, dass nur eine gemeinsame Anstrengung und Beteiligung aller Ministerien zum Erfolg führen kann. So würde unsere Forderung zur ambitionierter Begrünung in den Städten Abwasserkanäle bei Starkregen entlasten, bei heißen Tagen kühlen und einen Beitrag gegen Vogel- und Insektensterben leisten.

NABU-FAZIT: Eine ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie ist unerlässlich. Eine Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg, die aber letztlich keine verbindlichen Ziele für Ressorts jenseits des Umweltministeriums definiert, ist dabei wenig zielführend. So müssen beispielsweise auch in den Bereichen Verkehr und Bauen verbindliche Ziele als fester Bestandteil einer tragfähigen Biodiversitätsstrategie definiert sein. Ansonsten bleiben entscheidende Aspekte außen vor.

Foto: NABU/CEWE/Gerd Wartha



30. Wie möchte Ihre Partei dem Artenschwund im Land entgegenwirken?



Bündnis 90/Die Grünen: Neben einer Stärkung der Agrarumweltprogramme und einer Ausweitung des ökologischen Landbaus, werden wir auch den landesweiten Biotopverbund durch die flächendeckende Aufwertung von bestehenden linearen Strukturen ausweiten.



CDU: Der fortschreitende Artenschwund ist nur durch eine Kooperation aller Landnutzer wirkungsvoll zu bremsen. Arten- und Biotop-schutz sollen landesweit deutlich ausgebaut werden.



Die Linke: Wir schlagen darüber hinaus einen Runden Tisch für Artenschutz vor, der die unterschiedlichen Beteiligten berücksichtigt und im zweijährigen Rhythmus eine Berichtspflicht und ein Vorschlagsrecht im Landtag hat.



Die PARTEI: siehe 29



Klimaliste: Alle öffentlichen Flächen sollen insektenfreundlich gemäht und gestaltet werden. Außerdem wollen wir, gemeinsam mit den Kommunen und Bürgerverbänden,

vernetzte Biotop über ganz Rheinland-Pfalz schaffen.

ödp ÖDP: Wir glauben, dass es nicht die Eine Maßnahme ist, die dem Artenschwund entgegenwirken kann. Vielmehr braucht es ein ganzes Bündel an Maßnahmen, dass gut koordiniert dieses Thema behandeln muss.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Es gibt in RLP sehr viele Gebiete die sich für bestimmte Lebensformen eignen. Auf diese Lebensraumtypen muss besonders geachtet werden, genaues Katalogisieren muss weiter erfolgen und ausgewertet werden.

SPD SPD: Wir setzen uns für umfassenden Umwelt- und Naturschutz ein. Mit dem Vertragsnaturschutz wollen wir bestehende Schutzgebiete ökologisch stärken sowie die Leistungsfähigkeit der Umwelt- und Naturschutzverwaltung erhalten. Zum Erhalt unserer Biodiversität setzen wir auf die Vernetzung von Lebensräumen. Biotopverbundsysteme sollen den natürlichen Lebensraum erweitern und natürliche Wanderbewegungen zulassen.

Volt Volt: Lebensräume sollen erhalten, erweitert sowie verbunden werden durch Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft, besonders an Grenzgebieten

zu Biotopen und Gewässern sowie durch Renaturierungsbestrebungen und die Begrünung der Städte.

NABU-FAZIT: Rheinland-Pfalz benötigt eine umfassende Strategie zum Erhalt der Biodiversität. Dazu zählen nicht nur weitreichende Monitoringprogramme, die gezielte Artenhilfsprogramme erst ermöglichen. Ressortübergreifend müssen auch ambitionierte Ziele für Verkehr, Bauen und Landwirtschaft definiert werden. Mehr landeseigene Artenschutzprogramme müssen entwickelt und die Umsetzung durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

31. Wie steht Ihre Partei zur Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten?

Bündnis 90/Die Grünen Bündnis 90/Die Grünen: Wir werden bestehende Wiederansiedlungsprogramme fortsetzen und setzen darüber hinaus auf eine natürliche Wiederbesiedlung von unterschiedlichen Tierarten.

CDU CDU: Die Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten ist immer im Einzelfall zu prüfen. Generell ist es zu begrüßen, wenn ehemals heimische Arten sich wieder ansiedeln und ausbreiten.

DIE LINKE. Die Linke: Für uns ist es zunächst wichtig, die heimischen Arten zu erhalten und diesen wieder ausreichenden Lebensraum zu bieten. Evolution findet hier und heute statt, das Leben ist ein Entwicklungsprozess. Der natürlichen Wiedereinwanderung des Wolfes, des Luchses oder von Bären, stehen wir – geeignete Lebensräume vorausgesetzt, positiv gegenüber.

Die PARTEI Die Partei: siehe 29

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Wir sind für die Wiederansiedlung von ehemals heimischen Arten. Wo und wie eine Wiederansiedlung am sinnvollsten umgesetzt werden kann, muss von Fall zu Fall bewertet werden.

ödp ÖDP: Wir halten die Wiederansiedlung solcher Arten prinzipiell für sinnvoll. Allerdings kommt es im Einzelnen darauf an, warum die betreffenden Arten zwischenzeitlich nicht mehr heimisch sind und um welche Arten es geht.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Wenn der benötigte Lebensraum vorhanden ist macht es Sinn heimische Arten zu fördern.

SPD SPD: Wir unterstützen Programme zur Ansiedlung ehemals heimischer Arten (Luchs, Europäische Sumpfschildkröte). Eine Ansiedlung des Wolfs als hier ursprünglich heimischem Raubtier ist

möglich, wenn mit Tierhaltern und Bürgern gute Lösungen gefunden werden.

Volt Volt: Die Rückkehr des Wolfes zum Beispiel ist aus Sicht des Naturschutzes ein großer Erfolg. Um das harmonische Zusammenleben mit dem Wolf zu ermöglichen, setzt sich Volt für die Beihilfe zum Herdenschutz und einen kostendeckenden Schadensausgleich bei Rissen ein. In Ausnahmefällen soll die gezielte Entnahme von bestätigten schadensverursachenden Wölfen möglich sein.

NABU-FAZIT: Für den NABU ist klar, dass Arten, die ehemals bei uns heimisch waren und von alleine wieder zurückkehren, wie der Wolf, unseren Schutz bedürfen. Für Konflikte müssen gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden. Aktive Wiederansiedlung kann im Einzelfall für bestimmte Tierarten ebenfalls sinnvoll sein, wenn die Lebensraumbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

32. Welche Artenhilfsprogramme plant Ihre Partei?

Bündnis 90/Die Grünen Bündnis 90/Die Grünen: Im Rahmen von Renaturierungen von Auenwäldern und Moorflächen werden wertvolle Habitate für unterschiedliche Amphibien- und Reptilienarten wiederhergestellt. Wir sehen hier einen möglichen Ansatzpunkt für weitergehende Projekte.

CDU CDU: Die Entwicklung von Artenhilfsprogrammen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Experten aus dem institutionellen und ehren-

amtlichen Naturschutz. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen ist hier ein zentrales Element.

DIE LINKE. Die Linke: Die derzeit wichtigste Aufgabe ist, den Insekten zu helfen. Dafür würden viele der oben genannten Vorschläge nützlich sein. Notwendig ist auch ein neuer Umgang mit Lichtverschmutzung. Die Artenhilfsprogramme in RLP orientieren sich aus unserer Sicht oft in die richtige Richtung. Wir halten auch bei die-

sem Thema für sinnvoll, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik an einen Tisch zu bringen.

Die PARTEI Die Partei: siehe 29

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Wir wollen die Naturschutzverbände in der Planung und Durchführung von Artenhilfsprogrammen unterstützen, da die Ortsgruppen mit ihrer lokalen Kenntnis am besten einschätzen können, was sinnvoll und möglich ist.

ödp ÖDP: Mit unserem politischen Ansatz im Ganzen sehen wir den Artenschutz für Rheinland-Pfalz gestärkt. Die Ausarbeitung von Artenhilfsprogrammen ist unter wissenschaftlicher Beteiligung und unter Beteiligung der lokalen Umwelt- und Naturschutzverbände vorzunehmen.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Es sollen viel mehr Merkblätter Artenschutz erstellt werden, um nicht nur einige sondern viele auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Transparenz fördert Akzeptanz.

SPD Rheinland-Pfalz SPD: Artenschutz geht uns alle an und beginnt vor der eigenen Haustür. So werden wir Begrünungskonzepte zur Stärkung der Artenvielfalt weiter ausbauen. Wir wollen zusammen mit unseren Kommunen darauf hinwirken, dass die Anlage von Schotter- und Steingärten eingeschränkt wird. Bestehende Artenschutzprogramme der SPD-geführten Landesregierung wie die „Aktion Grün“ werden wir weiterführen und ggfs. ausbauen.

Volt Volt: Volt plant zur Zeit keine speziellen Artenhilfsprogramme. Volt erkennt jedoch die Notwendigkeit von Artenhilfsprogrammen, um einen Interessen-

ausgleich zu schaffen, wenn die Ansprüche besonders gefährdeter Arten mit der Bodennutzung – z. B. Land- oder Forstwirtschaft – kollidieren.

NABU-FAZIT: In Rheinland-Pfalz fehlt es aktuell an großflächig und vor allem langfristig angelegten Artenhilfsprogrammen, die auch mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sind. Es wird begrüßt, dass immer wieder Projekte zum Schutz einzelner Arten oder Artengruppen gefördert werden. Landeseigene Artenhilfsprogramme, die nicht an Förderzeiträume gebunden sind, können auf diese Weise aber nicht ersetzt werden.

Wahlprüfstein VIII: Beteiligungsrechte

Das Artensterben schreitet noch immer ungebremst voran, die Emissionen von Treibhausgasen steigen, wichtige Naturräume sind weit davon entfernt, das von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossene Ziel eines „günstigen Erhaltungszustandes“ zu erreichen. Neben anderen Faktoren ein Grund: Unterschiedlichste Bauvorhaben mit ihren umfangreichen Eingriffen beeinträchtigen vor allem durch ihre Lage, Auswirkungstiefe und schlichte Größe die Natur und Umwelt. Naturschutzverbände können unter bestimmten Voraussetzungen gegen Genehmigungen oder Planfeststellungsbeschlüsse vor Gericht ziehen, wenn zuvor aus ihrer Sicht schriftlich formulierte Anregungen und Bedenken im vorgeschalteten Beteiligungsverfahren nicht im rechtlich nötigen Umfang in die Genehmigung Eingang finden.

33. Wie steht Ihre Partei zu den Beteiligungs- und Klagerechten der Naturschutzverbände?

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz Bündnis 90/Die Grünen: Wir sehen eine umfangreiche Beteiligung aller anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbände bei öffentlichen Bauvorhaben als Teil des demokratischen Prozesses an und halten am bewährten Verfahren fest.

CDU Rheinland-Pfalz CDU: Derzeit scheitern wichtige Infrastrukturprojekte und der Ausbau von Erneuerbaren Energien auch an langwierigen Genehmigungs- und Klageverfahren. Das Verbandsklagerecht darf nicht dazu führen, dass dieses pauschal für die Blockade von Infrastrukturprojekten benutzt wird. Wir brauchen eine neue Beteiligungskultur, die effizienter und schneller zu Ergebnissen kommt.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz Die Linke: Mit der Einführung des Verbandsklagerechtes ist aus unserer Sicht ein großer Schritt in die richtige Richtung gemacht worden. Anstatt jedoch bei jedem Großbauprojekt den Weg zum Gericht suchen zu müssen, würden wir eine stärkere Beteiligung und auch Anhörung von Naturschutzverbänden im Vorhinein befürworten.

Die PARTEI Rheinland-Pfalz Die Partei: Beteiligungs- und Klagerechte dürfen

nicht eingeschränkt werden. Vorbild könnte Neuseeland sein, wo ein Fluss zur juristischen Person erklärt wurde, dem z. B. bei Gerichtsverfahren ein Pflichtverteidiger auf Staatskosten zur Verfügung gestellt wird. In Planungs- und Entscheidungsprozesse sollen mindestens so viele UmweltlobbyistX wie WirtschaftslobbyistX eingebunden werden.

Klimaliste Rheinland-Pfalz Klimaliste: Alle interessierten Bürger*innen und Verbände sollten früh in Planungsverfahren eingebunden werden. Nur so kann z. B. eine Energiewende gelingen, bei der Biodiversität und Naturschutz mitgedacht werden.

ödp ÖDP: Wir halten die Beteiligungs- und Klagerechte der Naturschutzverbände für ein sinnvolles und unbedingt notwendiges demokratisches Mitwirkungsrecht. Die Klagebefugnis erhöht nach unserer Einschätzung die Effektivität im Beteiligungsverfahren.

PIRATENPARTEI Rheinland-Pfalz Piratenpartei: Wir sehen diese Rechte, die sich auf die sog. Aarhus-Konvention beziehen als sehr wichtig an.

SPD Rheinland-Pfalz SPD: Mitwirkungs- und Verbandsklagerechte im Tier- und im

Naturschutz sind aus unserer Sicht sinnvolle Instrumente zur Verbesserung des Tier- und Naturschutzes, weil sie den Verbänden die Sicherheit geben, dass sie mit ihren berechtigten Anliegen gehört werden. Das Klagerecht von Naturschutzverbänden ist im Bundesnaturschutzgesetz geregelt, in RLP sind Rechtsbehelfe von anerkannten Naturschutzverbänden möglich sowie Verbandsklagen gegen Ausnahmeentscheidungen im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung. Diese Regelung befürworten wir und werden an ihr festhalten.

Volt Volt: Wir halten es für sehr wichtig und notwendig, dass die Umweltverbände diese Rechte haben und auch aktiv nutzen. Unsere natürliche Umwelt braucht eine starke Lobby.

NABU-FAZIT: Eine Begrenzung oder gar Abschaffung der Beteiligungs- und Klagerechte ist für den NABU ein absolutes No-Go. Vielmehr ist es aber sehr erstrebenswert, wenn durch qualitativ hochwertige Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsprozesse, Klagen weniger notwendig wären. Da die Klagerechte der Umsetzung des Artenschutzrechts dienen, sind sie nötig, so lange ein Umsetzungsdefizit im Artenschutzrecht erkennbar ist.



Foto: www.pixabay.com

Wahlprüfstein IX: Naturschutzverwaltung

Eines der größten Probleme im Natur- & Umweltschutz ist das enorme Vollzugsdefizit. Zwar sind die vorhandenen Gesetzgebungen & Regelungen sehr gut, der Vollzug liegt aber oftmals im Argen. So kam auch der EU-Fitnesscheck zur FFH-Richtlinie zum Ergebnis, dass die Richtlinie ein grundsätzlich gut geeignetes Instrument ist, die Naturschutzziele zu erreichen, es aber an der Umsetzung mangelt. Zuständig für den Vollzug der Naturschutzrichtlinien sind auch in RLP die Naturschutzverwaltungen. Seit vielen Jahren geht die Personalausstattung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz jedoch zurück. Das Landesamt für Umwelt steht im deutschlandweiten Vergleich sogar auf dem zweitletzten Platz, wenn es um die Personalausstattung geht.

34. Wie will Ihre Partei die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen verbessern?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden Verwaltungsstrukturen gestärkt oder neue Strukturen, beispielsweise in Form von biologischen Stationen, aufgebaut werden sollten.

CDU: Die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen muss deutlich verbessert werden. Für die Umsetzung und Steuerung der Artenschutzprogramme, der Biodiversitätsstrategie und der ökologischen naturnahen Waldumwandlung sind neue Experten einzustellen.

Die Linke: Viele Jahre lang gab es eine ganz große Koalition der Verwaltungsverschlanker: Stolze Minister*innen und Regierungschef*innen verkündeten dann öffentlichkeitswirksam, wie sie die Stellenpläne zusammengestrichen hatten. Heute erleben wir die Folgen: Natürlich müssen Ämter und Behörden für die Erfüllung ihrer Aufgaben angemessen ausgestattet werden.

Die PARTEI: Die Partei muss im Falle einer Regierungsverantwortung zuerst Dutzende

externe Berater nach Vorbild des Bundesverteidigungsministeriums einstellen, um in dieser Frage eine Lösung zu finden.

Klimaliste: Es sollte nicht an den Arbeitsstellen gespart werden, die für funktionierenden Natur- und Umweltschutz notwendig sind, da die Folgeschäden durch die Klimakrise und das Artensterben wesentlich mehr kosten.

ÖDP: Die Stellenpläne sind auf das erforderliche Maß anzupassen, damit die Aufgaben in den staatlichen Naturschutzverwaltungen angemessen wahrgenommen werden können. Hinzu kommt eine angemessene Entlohnung. Außerdem ist die Ausbildung in diesem Bereich auszubauen.

PIRATENPARTEI: Wir möchten, wie in vielen Antworten geschrieben die Menschen wesentlich umfassender aufklären. Denn mit der Akzeptanz für noch mehr Umwelt- und Naturschutz ist es auch möglich Finanzen für neues und geeignetes Personal zu sichern.

SPD: Zur Umsetzung der Regelungen im Bereich Umwelt- und

Naturschutz ist eine entsprechende Personalausstattung unabdingbar. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Umwelt- & Naturschutzverwaltung erhalten und das notwendige Personal auch zukünftig zur Verfügung stellen.

Volt: Da der Naturschutz als konkrete Umsetzung unserer Nachhaltigkeitsziele eines der Kernthemen von Volt ist, würden wir uns auch dafür stark machen, zu sichtbaren Ergebnissen zu kommen. Das kann über mehr Ausstattung und Personal in der Verwaltung ebenso geschehen wie in Form von anderen kreativen Methoden wie z. B. BürgerInnenforen bzw. BürgerInnenbudgets oder auch über die Förderung ehrenamtlichen Engagements.

NABU-FAZIT: Für die reinland-pfälzischen Behörden ist ein Personalentwicklungsprogramm umzusetzen. Dies beinhaltet Konzepte zur Ausbildung, um qualifiziertes Personal auch in Zukunft binden zu können, sowie die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere das Landesamt für Umwelt, die Oberen, sowie die Unteren Naturschutzbehörden leiden an einem massiven Personalmangel. Um dem bestehenden Umsetzungsdefizit im Naturschutz entgegenzuwirken ist eine deutliche Personalaufstockung nötig.

Wahlprüfstein X: Würdigung des Ehrenamtes

Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre es um die wildlebenden Pflanzen und Tiere mit ihren Lebensräumen schlecht bestellt. Die Herausforderungen im Arten- und Klimaschutz können nur unter aktiver Beteiligung einer engagierten Öffentlichkeit bewältigt werden.

35. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern?

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Engagierten weiterhin fortsetzen und im Rahmen einer möglichen Zusammenarbeit in regionalen Biologischen Stationen intensivieren.

CDU: 35 und 36 Ehrenamt auch gerade im Bereich Natur- und Umweltschutz muss deutlich mehr gewürdigt werden. Gerade im Naturschutz wird der Großteil der Projekte und Daten durch ehrenamtliche Unterstützer*innen geleistet.



Foto: NABU/E. Neuling



Die Linke: Wir sehen erst einmal kritisch, dass in der

Vergangenheit immer häufiger ehrenamtliche Kräfte einspringen mussten, weil öffentliche Aufgaben nicht mehr von bezahlten Profis erledigt wurden. Aber natürlich sind Ehrenämter wichtig und unverzichtbar. Wir schätzen das Ehrenamt und schlagen deswegen vor, dass die Ehrenamtskarte landesweit gelten soll und vereinheitlicht wird.



Die Partei: 35 und 36

Da auch wir ehrenamtlich für Die Partei tätig sind, wissen wir um den Wert dieses Engagements. Für uns ist es wie unser Baby, entsprechend schlagen wir eine bezahlte Elternzeit für ehrenamtliche Lebensabschnitte vor. Doch Geld ist nicht alles: Nach dem Erfolg in der Pflegebranche möchten wir Applaus verpflichtend im Ehrenamt einführen, ideal durch BürgermeisterX jeden Freitagabend.



Klimaliste: Ehrenamtliches Engagement lebt davon, dass die Engagierten für das, was sie tun, brennen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass bürokratische Hürden, auf die Ehrenamtliche immer wieder stoßen, minimiert werden.



ÖDP: Das Ehrenamt ist grundsätzlich auf allen politischen Ebenen nicht nur ideell, sondern auch finanziell stärker zu unterstützen.



Piratenpartei: Wie oben mehrfach geschrieben, eine wesentlich größere Aufklärung vieler Menschen führt dazu, dass ein freiwilliges „Mitmachen“ erfolgt. Es sollte sich aber nicht zu viele wichtige Maßnahmen auf ein Ehrenamt stützen. Hier muss der Staat die Grundlagen personell sicher stellen.



SPD: Wir sind das Land des Zusammenhalts. Förderung und Stär-

kung des Ehrenamts sind zentrale politische Schwerpunkte der SPD RLP: Wir stärken das Ehrenamt mit einem dem Landesbeauftragten, Weiterbildungsangeboten und pauschaler Unfall- und Haftpflichtversicherung und einer digitalen Ehrenamtsplattform.



Volt: Da Volt ergebnisorientiert arbeitet, werden wir auch das Engagement der Menschen fördern und nutzen wollen, die bereit sind, sich ehrenamtlich für eine lebenswerte Zukunft und eine besser funktionierende Gemeinschaft einzusetzen, egal in welchem gesellschaftlichen Bereich.

NABU-FAZIT: Es wird explizit begrüßt, dass immer wieder Projekte zur Förderung des Ehrenamtes unterstützt werden. Diese gilt es künftig weiter auszubauen. Dabei ist bei der Entscheidung über Förderzeiträume zu beachten, dass die langfristige Aktivierung und Förderung von dauerhaften ehrenamtlichen Strukturen viel Zeit benötigt, insbesondere an Stellen, wo bislang noch keine oder nur wenige Strukturen vorhanden sind.

36. Wie wollen Sie das Engagement künftig mehr würdigen?



Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen die Gewinnung von Freiwilligen, ihre Qualifizierung und Koordination, ihre Begleitung, die Anerkennung und Absicherung ihrer Tätigkeit durch geeignete Förderprogramme und die Einrichtung von weiteren Freiwilligenagenturen unterstützen.



CDU: siehe 35



Die Linke: Neben der Ehrenamtskarte können wir uns auch vorstellen, dass höhere Steuerfreibeträge, z. B. für Übungsleiterpauschalen, ein Anreiz sein könnten. Wir würden begrüßen, wenn die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen noch stärker den Fokus auf das Ehrenamt legen würde: Nicht nur einmal im Jahr eine Ehrung, sondern immer wieder Beispiele für Menschen und Tätigkeiten, die unser aller Leben erleichtern und verbessern.



Die Partei: siehe 35



Klimaliste: Wir wollen dazu beitragen, dass das Ehrenamt in der Gesellschaft gesehen und wertgeschätzt wird, denn ohne die Engagierten in allen gesellschaftlichen Bereichen wäre vieles nicht umsetzbar. Deshalb werden wir insbesondere Vorschläge und Anregungen von Ehrenamtlichen ernst nehmen und sie in Entscheidungen einbeziehen.



ÖDP: Ein Element sollte aus Sicht der ÖDP die finanzielle Förderung der Verkürzung der eigenen Erwerbs-Arbeitszeit zu Gunsten ehrenamtlicher Tätigkeit sein. Wir brauchen außerdem eine breit angelegte Nachwuchsarbeit.



Piratenpartei: Ehrenämter sind eine freiwillige Basis und sollten dies auch bleiben. Engagement und Spaß am Ehrenamt sollte weiter die wichtigste Motivation bleiben. Dies gilt auch um besonders junge Menschen für das Ehrenamt zu begeistern. Natürlich sind Würdigungen vielleicht in Form von Ermäßigungen bei Kulturveranstaltungen oder auch Verkehr denkbar. Aber es besteht dadurch die Gefahr, dass so stattliche Aufgaben auf das Ehrenamt abgewälzt werden, und dieses dann zur Pflicht wird. Hier müssen klare Grenzen gesetzt werden.



SPD: Die Würdigung der vielen Ehrenamtlichen in Rheinland-Pfalz hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir werden die Ehrenamtskarte stärken und weitere Kommunen für die Teilnahme gewinnen. Den jährlich stattfindenden Ehrenamtstag wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln. Wir werden das Landesnetzwerk Ehrenamt weiter ausbauen. Wir wollen Weiterbildungsangebote für das Ehrenamt in die Bildungsfreistellung aufnehmen, den Jugend-Engage-

ment-Wettbewerb RLP und den Brückenpreis der Ministerpräsidentin fortführen.



Volt: Begeisterung für eine Sache wird in unseren Augen in erster Linie dadurch gewürdigt, dass diese Begeisterung von anderen Menschen geteilt wird. Wir würden uns dafür einsetzen, dass die Würdigung ihrer Arbeit vielfältig öffentlich sichtbar wird (z. B. Präsenz in den Medien, Dankesfeste, Ehrungen). Volt setzt sich generell für ein mitmenschliches Klima der gegenseitigen Wertschätzung und deutlichen Würdigung von Leistungen ein.

NABU-FAZIT: Ehrenamt im Naturschutz hat in der Vergangenheit zunehmend wichtige Aufgaben des Landes übernommen, gleichzeitig wurde dies nicht immer mit einer gesteigerten Wertschätzung honoriert. Zwar existieren Wertschätzungsmechanismen des Landes, die auch begrüßt werden, im täglichen Umgang erfahren ehrenamtlich Tätige aber zunehmend das Gegenteil, auch seitens der Politik. Diese Diskrepanz zwischen herausgehobener Würdigung und täglichem Umgang muss dringend abgebaut werden.



Ausführlichere Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen finden Sie auf www.NABU-RLP.de/Landtagswahl

Komm zur NAJU-Landesversammlung 2021 und rede mit!

Wir laden alle NAJU-Mitglieder zwischen 12 und 27 Jahren sowie alle Interessierten zur NAJU-Landesversammlung 2021 ein. Die NAJU ist ein demokratisch organisierter Verein. Ab einem Alter von 12 Jahren hast du als NAJU-Mitglied die Möglichkeit auf der jährlichen Landesversammlung den NAJU-Vorstand zu wählen und ab 16 Jahren kannst du dich selbst zur Wahl stellen und die Arbeit deines Vereins maßgeblich mitgestalten.

Wann? Samstag, 3. Juli, 14:00–17:00 Uhr
Wo? In Mainz (wegen Corona behalten wir uns vor, die Veranstaltung ggf. digital umzuplanen, Infos folgen bei Anmeldung und auf unserer Homepage)

Neben Rückblick & Wahlen erwarten euch Kennenlern- und Auflockerungsspiele und es bleibt genug Zeit zum Austausch & Quatschen!

Du bist neugierig, was man im Vorstand machen kann, hast aber keine genaue Vorstellung davon? Schreib eine Mail an

Sina.Hoffmann@NAJU-RLP.de
Weitere Infos und Anmeldung auf www.NAJU-RLP.de



NEUES Fortbildungskonzept bei der NAJU Rheinland-Pfalz

Der Erwerb der JULEICA (Jugendleiter*in-Card) ist durch eine Kombination von Pflicht- und Wahlmodulen möglich. Wahlmodule sind nach Absprache auch durch Fortbildungen bei NABU-Ortsgruppen möglich. Die Fortbildungen können von JULEICA-Anwärter*innen besucht werden und von Menschen, die sich zu einzelnen Themen fortbilden möchten. Eine Übersicht über die Wahlmodule, nähere Informationen und die Anmeldung findet ihr auf unserer Homepage (www.NAJU-RLP.de)

Pflichtmodule sind:

Gruppendynamisches Wochenende am 24. und 25. April in Mainz (ganztägig): Basics zu Aufsichtspflicht, Kinder- und

Jugendschutz und zu den Bedarfen von Kinder- und Jugendgruppen ebnen den Weg für eure gelingende pädagogische Arbeit!

Umweltpädagogik Basis am 9. Mai in Mainz (ganztägig): Mit einer erfahrenen NAJU-Gruppenleiterin erlernen wir Grundkonzepte der Umweltpädagogik und probieren dabei selbst Methoden und Spiele aus.

Digitale Fortbildungen „Gruppenleiter*in-Kit“

A) Datenschutz & Organisation: Wie läuft eine optimale Anmeldung für meine Gruppenstunde oder Freizeit ab? Welche finanziellen Möglichkeiten gibt es für meine Aktivitäten? Wie garantiere ich Datenschutz bei Fotos und Kommunikation per Messenger?



Foto: NABU/Sebastian Hennigs

Was wächst denn da? Wildkräutern wie Sauerampfer gehen wir bei einem unserer Workshops auf die Spur.

Terminoption 1:
Mittwoch, 9. Juni um 18:00 Uhr
Terminoption 2:
Mittwoch, 10. November um 18:00 Uhr

B) Rolle der NAJU & Prävention: Was ist das Ziel der Kinder- und Jugendarbeit der NAJU? Welche (politischen) Mitgestaltungs- und Wirkungsbereiche gibt es? Welchen Schutzauftrag hat die NAJU und wie schaffen wir Rahmenbedingungen, um sexualisierter Gewalt auf unseren Veranstaltungen vorzubeugen?

Terminoption 1:
Dienstag, 22. Juni um 18:00 Uhr
Terminoption 2:
Mittwoch, 24. November um 18:00 Uhr



Fit für die Gruppenleitung: Das geht mit einer Kombination aus umweltpädagogischen Pflicht- und Wahlmodulen, die zum Erwerb der JuLeiCa befähigen.

Foto: NAJU RLP